

Indikator A7

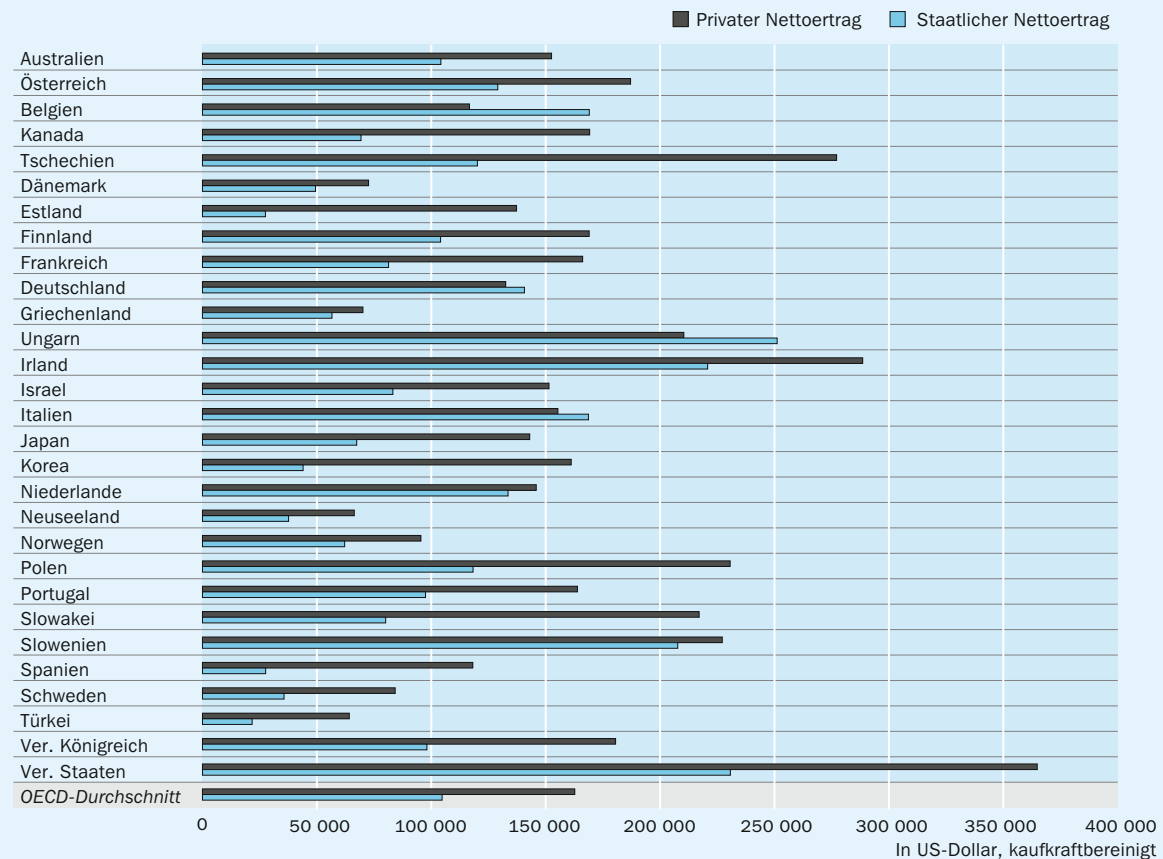
Welche Anreize bestehen für Investitionen in Bildung?

- Die privaten Erträge für einen Abschluss im Tertiärbereich sind beträchtlich.
- Ein höherer Bildungsstand zahlt sich nicht nur für den Einzelnen aus, sondern auch für den Staat, dem höhere Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge zufließen.
- Der staatliche Nettoertrag aus einer Bildungsinvestition im Tertiärbereich bei einem Mann beläuft sich in den OECD-Ländern auf über 100.000 US-Dollar – fast das Dreifache der staatlichen Investitionssumme für diese Ausbildung. Bei einer Frau wird mit rund 60.000 US-Dollar fast das Doppelte der staatlichen Investitionssumme als staatlicher Nettoertrag erreicht.

Abbildung A7.1

Staatlicher und privater Nettoertrag bei einem Mann, der einen Abschluss im Tertiärbereich erwirbt (2009)

Im Vergleich zu den Erträgen bei einem Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundaren, nicht tertiären Bereich



Anmerkung: Referenzjahr für die Türkei ist 2005, für Japan 2007, für Italien, die Niederlande und Polen 2008, für alle anderen Länder 2009. Cashflow-Bestandteile sind mit einem Zinssatz von 3 Prozent abgezinst.

Anordnung der Länder in alphabetischer Reihenfolge der englischen Ländernamen.

Quelle: OECD. Tabellen A7.3a und A7.4a. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag.htm. StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932846633>

Kontext

Der Erwerb eines höheren Bildungsabschlusses ist sowohl für den Einzelnen als auch die Gesellschaft als Ganzes von Vorteil, nicht nur finanziell, sondern auch wegen des Wohlergehens, das damit einhergeht. Für den Einzelnen verbessert ein höherer Bildungsstand die Beschäftigungschancen und mindert das Risiko der Erwerbslosigkeit. Die besseren Arbeitsmarktchancen (s. Indikator A5) und die Aussichten auf ein höheres Erwerbseinkommen (s. Indikator A6) sind ein starker Anreiz für den Einzelnen, in Bildung zu investieren und im Hinblick auf zukünftige Erträge Konsum- und Einkommensverzicht in der Gegenwart zu leisten. Die Gesellschaft ihrerseits gewinnt durch geringere öffentliche Ausgaben für Sozialleistungen und höhere Steuereinnahmen, wenn diese Bildungsteilnehmer dann in den Arbeitsmarkt eintreten.

Für politische Entscheidungsträger ist es von entscheidender Bedeutung, genau zu verstehen, welche wirtschaftlichen Anreize den Einzelnen zu einer Bildungsinvestition motivieren. So kann der starke Anstieg der Arbeitsmarktnachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften die Einkommen und die Erträge erheblich steigern, bevor sich das Angebot entsprechend anpasst. Dies signalisiert einen Bedarf an weiteren Bildungsinvestitionen. In Ländern mit rigidem Arbeitsrecht und starren Strukturen, die Entgeltunterschiede eher generell einschränken, wird ein solches Signal schwächer ausfallen.

Die Erträge genau zu kennen ist auch für die Entwicklung von politischen Maßnahmen für den Zugang zu Bildung, die Besteuerung und die Weiterbildungskosten für den Einzelnen wichtig. Daher sollte die Ausgewogenheit von privaten und staatlichen Erträgen zusammen mit den Informationen aus den anderen hier behandelten Indikatoren betrachtet werden. Um zu entscheiden, welches der optimale Betrag ist, den der Staat in die Bildung investieren sollte, genügt nicht allein die Betrachtung der staatlichen Ertragsrate (Kasten A7.1). Wenn die privaten und die staatlichen Ertragsraten zu stark auseinanderklaffen, könnte das einerseits auf verzerrende steuerliche Bestimmungen oder andererseits auf eine unverhältnismäßig starke Subventionierung des Bildungswesens hindeuten.

In Ländern mit lang dauernden Studiengängen im Tertiärbereich und relativ hohen Einkommen mit einem Abschluss im Sekundarbereich II bzw. dem postsekundären, nicht tertiären Bereich sind die Auswirkungen des entgangenen Einkommens recht hoch (s. Indikator B1). Wie stark der Effekt tatsächlich ist, hängt auch vom zu erwartenden Entgeltniveau und der Beschäftigungswahrscheinlichkeit ab. Mit zunehmender Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für junge Erwachsene (s. Indikator C5) sinken die Investitionskosten. Da Besserqualifizierte bei schlechter Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt tendenziell besser dastehen (s. Indikator A5), wird die Nutzenseite sowohl für den Einzelnen als auch die Gesellschaft durch die größeren Einkommensunterschiede noch weiter aufgewertet. In künftigen Ausgaben von [Bildung auf einen Blick](#) werden die Daten aus 2010 und 2011, als die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise am größten waren, wahrscheinlich einen noch stärkeren Anreiz für eine Bildungsinvestition sowohl von privater als auch von staatlicher Seite aufzeigen.

Weitere wichtige Ergebnisse

- Die Bruttoeinkommensvorteile aus einem Abschluss im Tertiärbereich gegenüber einem Abschluss im Sekundarbereich II bzw. im postsekundären, nicht tertiären Bereich belaufen sich im OECD-Durchschnitt für Männer auf 330.000 US-Dollar und für Frauen auf 240.000 US-Dollar.
- Der Bruttoeinkommensvorteil für Absolventen des Sekundarbereichs II bzw. des postsekundären, nicht tertiären Bereichs gegenüber Erwerbspersonen ohne diesen Abschluss ist in Norwegen, Österreich und den Vereinigten Staaten besonders ausgeprägt und beläuft sich auf mindestens 250.000 US-Dollar für einen Mann und 150.000 US-Dollar für eine Frau.
- Im Durchschnitt der 28 OECD-Länder mit verfügbaren Daten liegt der staatliche Ertrag (der Kapitalwert) bei einem Mann, der den Sekundarbereich II bzw. den postsekundären, nicht tertiären Bereich abgeschlossen hat, um rund 38.000 US-Dollar höher als für einen Mann ohne einen solchen Abschluss. Bei einer Frau beträgt der staatliche Ertrag 22.000 US-Dollar.
- Mit wenigen Ausnahmen ist der private Nettoertrag einer Investition in einen Abschluss im Tertiärbereich größer als der in einen Abschluss im Sekundarbereich II oder im postsekundären, nicht tertiären Bereich. Nur in Dänemark und Schweden erzielen sowohl Männer als auch Frauen mit einem Abschluss im Sekundarbereich II oder im postsekundären, nicht tertiären Bereich höhere Erträge. In Norwegen und Korea sind die Erträge für einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. im postsekundären, nicht tertiären Bereich für Männer höher als für einen Abschluss im Tertiärbereich, in Neuseeland gilt dies für Frauen.
- Im Durchschnitt der OECD-Länder bringt ein Bildungsteilnehmer rund 55.000 US-Dollar für einen Abschluss im Tertiärbereich auf. In Japan, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten sind es im Durchschnitt unter Berücksichtigung der direkten und indirekten Kosten mehr als 100.000 US-Dollar.

Analyse und Interpretationen

Finanzielle Erträge aus Bildungsinvestitionen

In diesem Indikator werden die Kosten und der Nutzen von Bildung und die Anreize für eine Investition in Bildung untersucht. Es wird der wirtschaftliche Nutzen der Bildung für den Einzelnen mittels einer Schätzung des Einkommenszuschlags für einen höheren Bildungsstand unter Berücksichtigung der direkten und indirekten Kosten und des Nutzens des Erwerbs eines solchen Bildungsabschlusses bewertet. Zur Nutzenseite gehören nicht nur höhere Einkommen im Vergleich zu den Absolventen niedrigerer Bildungsabschlüsse, sondern auch die Beschäftigungswahrscheinlichkeit, als geldwerter Vorteil mittels der als „Effekt der Erwerbslosigkeit“ bezeichneten Variablen ausgedrückt.

Zu den Kosten gehören zum einen die direkten Kosten, insbesondere Schul-/Studiengebühren und zum anderen indirekte Kosten wie höhere Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträge sowie Einkommensausfälle durch den verspäteten

Eintritt in den Arbeitsmarkt und weniger Anspruch auf soziale Transferleistungen, wie Wohngeld, Familienbeihilfen oder ergänzende Sozialhilfeleistungen. Ferner werden Sozialversicherungsbeiträge und Einkommensteuern als Prozentsatz des Einkommens berechnet und sind für die Bessergebildeten meist höher, da sie eher zu den Besserverdienenden gehören.

Der wirtschaftliche Nutzen und die Kosten eines Abschlusses im Tertiärbereich werden mit denen eines Abschlusses im Sekundarbereich II bzw. im postsekundären, nicht tertiären Bereich verglichen. Der Bezugspunkt für den Sekundarbereich II bzw. den postsekundären, nicht tertiären Bereich ist eine Ausbildung unterhalb des Sekundarbereichs II. Bei den Berechnungen werden jeweils die Ergebnisse für Frauen untereinander und die für Männer untereinander verglichen. Die Berechnungen werden getrennt für Männer und Frauen durchgeführt, und es wird kein Durchschnitt berechnet, um den geschlechtsspezifischen Einkommensunterschieden und Erwerbslosenquoten Rechnung zu tragen.

Die Darstellung von Kosten und Nutzen der Bildung und den Anreizen für eine Investition in Bildung ist ein recht komplexes Unterfangen, das gewisse methodische und analytische Überlegungen voraussetzt. Eine Bildungsinvestition, sowohl seitens des Einzelnen als auch seitens des Staates, umfasst ein komplexes Zusammenspiel von Faktoren und Wirkungen, die weit über die hier berücksichtigten Aspekte hinausgehen. Zum besseren Verständnis der getroffenen Aussagen sollte daher der vorliegende Indikator im Zusammenhang mit anderen in dieser Publikation (und in [Bildung auf einen Blick 2012](#)) behandelten Indikatoren interpretiert werden. Die Grenzen der Berechnungen sowie die zugrundeliegenden Konzepte und Annahmen werden im Abschnitt [Angewandte Methodik](#) am Ende dieses Indikators erläutert.

Anreize zur Investition in Bildung für den Einzelnen

Sekundarbereich II bzw. postsekundärer, nicht tertiärer Bereich

In den OECD-Ländern kann ein Mann, der in einen Abschluss des Sekundarbereichs II bzw. des postsekundären, nicht tertiären Bereichs investiert, damit rechnen, in seinem Erwerbsleben netto rund 100.000 US-Dollar mehr zu verdienen als ein Mann ohne einen solchen Abschluss. Dieser Betrag variiert jedoch erheblich zwischen den einzelnen Ländern: In Korea, Norwegen, Österreich und den Vereinigten Staaten generiert ein Abschluss dieses Bildungsbereichs im Laufe des Berufslebens mindestens 200.000 US-Dollar zusätzlich (Tab. A7.1a).

Der Nutzen für den Einzelnen ergibt sich im Allgemeinen aus dem Bruttoerwerbseinkommen und dem geringeren Risiko der Erwerbslosigkeit. In den meisten Ländern haben Männer mit einem Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereich einen deutlichen Einkommensvorteil gegenüber geringer Qualifizierten. Auch das geringere Risiko der Erwerbslosigkeit kann einen großen Wert darstellen. Die besseren Beschäftigungsaussichten von Männern mit einem Abschluss in diesem Bereich werden in Deutschland, der Slowakei und Tschechien mit mindestens 85.000 US-Dollar bewertet (Tab. A7.1a).

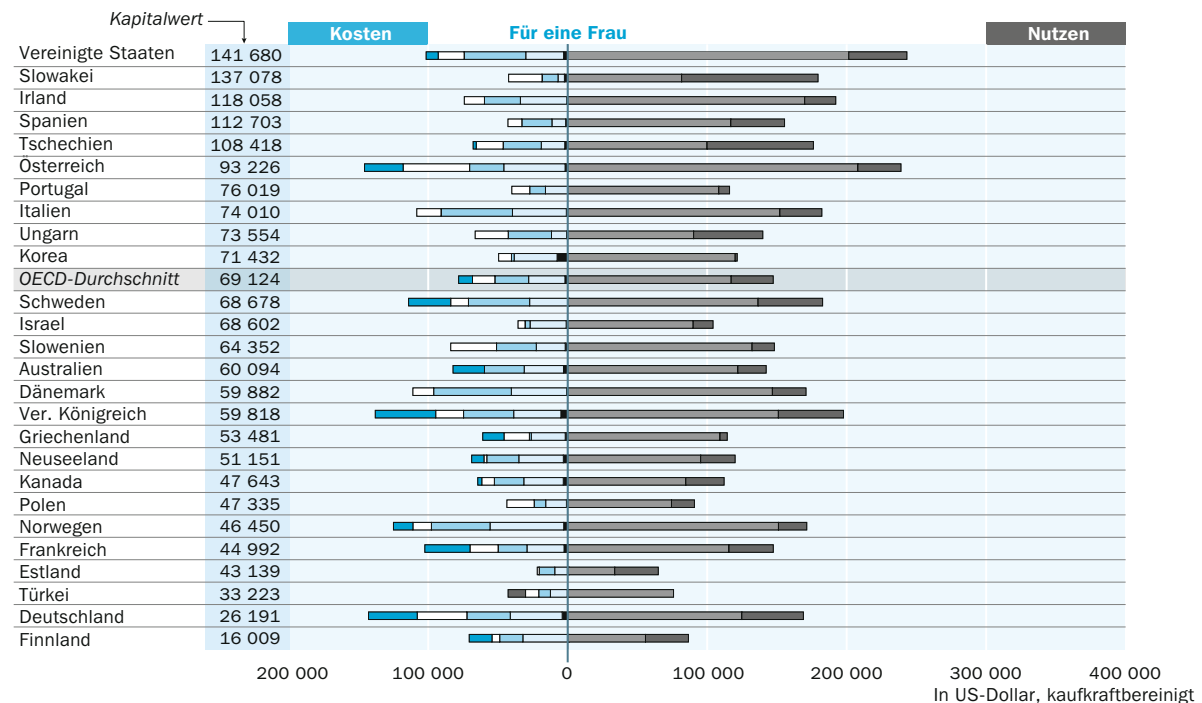
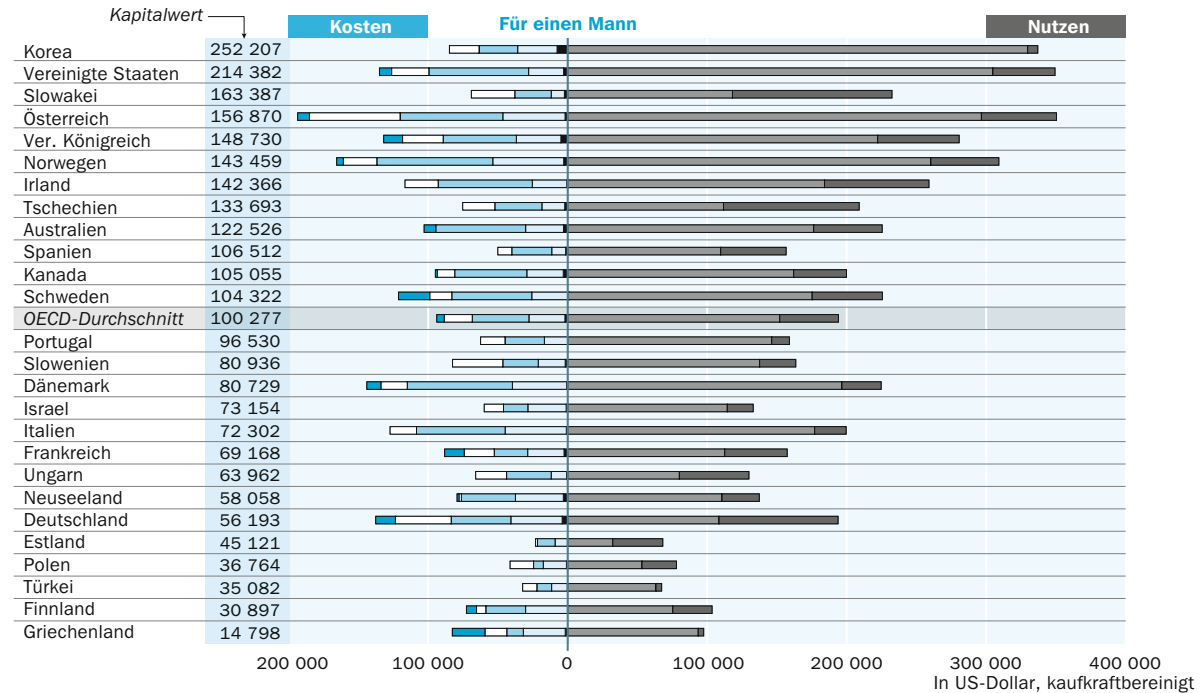
Als Kosten der Bildung gelten sämtliche Faktoren wie direkte Kosten, entgangenes Einkommen, der Einkommensteuereffekt, die Effekte sozialer Transferleistungen und

Abbildung A7.2

Private Kosten und privater Nutzen eines Abschlusses im Sekundarbereich II bzw. im postsekundären, nicht tertiären Bereich für Männer und Frauen

Im Vergleich zu den Erträgen einer Ausbildung unterhalb des Sekundarbereichs II

- Direkte Kosten
- Entgangenes Einkommen
- Effekt Einkommensteuer
- Effekt Sozialversicherungsbeiträge
- Effekt Transferleistungen
- Effekt Bruttoeinkommensvorteile
- Effekt Erwerbslosigkeit



Anmerkung: Referenzjahr für die Türkei ist 2005, für Italien und Polen 2008, für alle anderen Länder 2009. Cashflow-Bestandteile sind mit einem Zinssatz von 3 Prozent abgezinst.

Anordnung der Länder in absteigender Reihenfolge des privaten Kapitalwerts.

Quelle: OECD. Tabellen A7.1a und A7.1b. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag.htm. StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932846652>

der Sozialversicherungsbeiträge (s. Abschnitt [Definitionen](#)). Die Daten für einen Mann, der einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. im postsekundären, nicht tertiären Bereich erwirbt, zeigen, dass zu den Ländern mit relativ starken Einkommensteuereffekten (schätzungsweise über 65.000 US-Dollar) Dänemark, Irland, Norwegen, Österreich und die Vereinigten Staaten gehören. In Estland, Griechenland, Israel, Polen und der Türkei sind die Einkommensteuereffekte geringer (geschätzt weniger als 20.000 US-Dollar). Die höchsten Sozialversicherungsbeiträge müssen in Deutschland, Irland, Norwegen, Österreich, der Slowakei, Slowenien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten abgeführt werden (geschätzt mehr als 23.000 US-Dollar). In Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Schweden und dem Vereinigten Königreich summieren sich die indirekten Kosten durch geringere Ansprüche auf Sozialleistungen auf über 10.000 US-Dollar (Tab. A7.1a).

Die direkten Investitionskosten, die einer Frau für den Erwerb eines Abschlusses im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereich entstehen, sind meist zu vernachlässigen, der Investitionsaufwand besteht im Wesentlichen aus dem entgangenen Einkommen. Die Höhe des entgangenen Einkommens ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich, je nach Länge der Ausbildung, Einkommensniveau und den Einkommensunterschieden zwischen den Absolventen des Sekundarbereichs II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereichs und denjenigen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss (Tab. A7.1b).

Gute Arbeitsmarktchancen sowohl für männlich als auch weibliche Jugendliche ohne einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereich erhöhen die Kosten für weitere Investitionen in einen höheren Bildungsabschluss, Gleiches gilt für geringere Einkommensunterschiede und eine längere Ausbildungsdauer im Sekundarbereich II oder den postsekundären, nicht tertiären Bildungsgängen. In Estland, der Slowakei, Spanien, der Türkei und Ungarn beläuft sich das entgangene Einkommen schätzungsweise auf weniger als 13.000 US-Dollar für den Einzelnen (Männer und Frauen), während es in Dänemark, Deutschland, Italien, Norwegen und Österreich mehr als 36.000 US-Dollar sind (Tab. A7.1a und A7.1b).

Männer erzielen meist höhere finanzielle Erträge aus einem Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereich als Frauen. Ausnahmen bilden hier Griechenland, Italien, Polen, Spanien und Ungarn. In diesen Ländern ist der private Kapitalwert für einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereich für Frauen höher als für Männer. Im Durchschnitt der OECD-Länder liegt der Nettoertrag für Frauen im Laufe ihres Erwerbslebens bei 69.000 US-Dollar, rund 30.000 US-Dollar weniger als für Männer. Der geschlechtsspezifische Unterschied bei den privaten Nettoerträgen ist in Korea, Norwegen, Österreich, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten besonders ausgeprägt. Das größte Gefälle besteht in Korea, wo ein Mann beim Erwerb eines Abschlusses im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereich einen Bruttoeinkommensvorteil von rund 250.000 US-Dollar erreicht, eine Frau jedoch lediglich von 71.000 US-Dollar. Im Wesentlichen ergibt sich dieser Abstand aus den Unterschieden bei den sozialen Transferleistungen und den Kosten der Erwerbslosigkeit für das jeweilige Geschlecht (Abb. A7.2).

Abschluss im Tertiärbereich

Im Allgemeinen können die Absolventen des Tertiärbereichs mit den höchsten Nettoerträgen rechnen. Im Durchschnitt der OECD-Länder erwirtschaften die Absolventen des Tertiärbereichs rund 60 Prozent mehr als die Absolventen des Sekundarbereichs II bzw. postsekundaren, nicht tertiären Bereichs. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen führt eine Investition in einen Abschluss im Tertiärbereich zu einem höheren privaten Nettoertrag als die Investition in einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundaren, nicht tertiären Bereich.

Der Nettoertrag einer Bildungsinvestition im Tertiärbereich ist für Männer in der Regel höher als für Frauen. Nur in Portugal sind die durchschnittlichen Erträge für Männer und Frauen fast gleich. In Griechenland, Spanien und der Türkei erzielen die Frauen höhere Erträge (Tab. A7.3a und A7.3b).

Der Bruttoeinkommensvorteil aus einem Abschluss im Tertiärbereich stellt für Frauen und Männer einen beachtlichen Wert dar: durchschnittlich 330.000 US-Dollar für Männer und 240.000 US-Dollar für Frauen, allerdings bestehen zwischen den einzelnen Ländern auch signifikante Unterschiede.

Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn gehören zu den Ländern mit Einkommenszuschlägen über dem OECD-Durchschnitt, obwohl dort die Gesamtkosten und das Einkommensniveau im Vergleich zu anderen OECD-Ländern relativ niedrig sind. Eine mögliche Erklärung könnte der relativ niedrige Anteil von Absolventen des Tertiärbereichs in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sein, was wiederum auf ein knappes Angebot an Hochschulabsolventen hindeutet. Dies könnte im Laufe der Jahre zu einer Steigerung der Einkommen und der Entgeltunterschiede zwischen Absolventen des Tertiärbereichs und der Bildungsbereiche darunter geführt haben.

Im Durchschnitt der OECD-Länder wirkt sich der Effekt der Erwerbslosenunterstützung gegenüber einem Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundaren, nicht tertiären Bereich weniger deutlich aus als der Einkommensunterschied, wesentlich stärker wirken sich dagegen die Effekte von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und sozialen Transferleistungen sowie die direkten Kosten aus. Insbesondere für einen Abschluss im Tertiärbereich ist ein längerer Verbleib im Bildungssystem erforderlich, wodurch den Absolventen Einkommen in erheblichem Umfang entgeht (entgangenes Einkommen), das sie bei einem früheren Eintritt in den Arbeitsmarkt hätten verdienen können.

Der private Investitionsaufwand für einen Abschluss im Tertiärbereich ist in einigen Ländern sehr hoch. Im Durchschnitt aller OECD-Länder bringt ein Bildungsteilnehmer rund 55.000 US-Dollar für einen Abschluss im Tertiärbereich auf. Unter Einbeziehung der direkten und indirekten Kosten investieren Bildungsteilnehmer beiderlei Geschlechts in den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten durchschnittlich mehr als 100.000 US-Dollar in den Erwerb eines Abschlusses im Tertiärbereich. Im OECD-Durchschnitt machen die direkten Kosten wie Studiengebühren ungefähr ein Fünftel der privaten Gesamtinvestition für einen Abschluss im Tertiärbereich aus (geschätzte 11.000 US-Dollar pro Person, unabhängig vom Geschlecht) (Tab. A7.3a und A7.3b).

Schwache Arbeitsmarkterträge können zum Beispiel durch die Senkung der privaten Kosten für den Besuch des Tertiärbereichs verbessert werden. Eine Reihe von Ländern subventionieren die direkten Bildungskosten nicht nur, sondern gewähren auch Studendarlehen oder Zuschüsse, um den Tertiärbereich attraktiver und leichter zugänglich zu machen. Anders als Darlehen sind Studienzuschüsse Transferleistungen in Form von Geld, Sach- oder Dienstleistungen, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Im vorliegenden Indikator werden lediglich die Studienzuschüsse, nicht jedoch die Darlehen berücksichtigt.

Zuschüsse sind insbesondere in Dänemark von großer Bedeutung, da sie dort (mit geschätzten 25.000 US-Dollar) mehr als 40 Prozent der Gesamtkosten einer Ausbildung im Tertiärbereich abdecken. In Finnland, den Niederlanden, Österreich und Schweden werden die Zuschüsse auf mehr als 8.000 US-Dollar, d. h. rund 15 Prozent der Gesamtkosten, beziffert (Tab. A7.3a und A7.3b).

Aus den Daten geht jedoch hervor, dass es in den Ländern mit den höchsten direkten Kosten für die Teilnahme am Tertiärbereich, insbesondere in Australien, Japan, Korea, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, keine oder nur sehr geringe Studienzuschüsse gibt. In Australien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten tragen Zuschüsse weniger als 2 Prozent zu den direkten Kosten für einen Abschluss im Tertiärbereich bei. Dagegen bieten viele Länder, u. a. auch diejenigen mit niedrigen Zuschüssen, Studendarlehen an, die nach dem Abschluss zurückgezahlt werden müssen. Die Konditionen für diese Darlehen, insbesondere ab wann die Tilgung beginnen muss (z. B. sobald das Einkommen eine bestimmte Höhe erreicht oder direkt nach dem Abschluss etc.) sowie die Zinssätze, unterscheiden sich stark von Land zu Land. Bei den meisten Studendarlehen hängen jedoch der zu tilgende Betrag und die Tilgungsrate vom tatsächlichen Einkommen nach dem Abschluss ab. Die Möglichkeit, ein Studendarlehen aufzunehmen, kann Bildungsteilnehmer, insbesondere aus sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsschichten, ermutigen, einen Abschluss anzustreben. Da die Darlehen jedoch nach Abschluss des Studiums zurückgezahlt werden müssen – und somit von den Einkommensvorteilen abzuziehen sind –, mindern sie den finanziellen Nutzen der Bildung.

Staatliche Ertragsraten von Bildungsinvestitionen

Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundaren, nicht tertiären Bereich

Wie schon oben ausgeführt, führt ein höherer Bildungsstand tendenziell im Durchschnitt zu einem höheren Einkommensniveau (s. Indikator A6). Daher generieren Bildungsinvestitionen staatliche Erträge in Form von Mehreinnahmen bei den Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträgen und Minderausgaben in Form von geringeren sozialstaatlichen Transferleistungen. In den meisten Ländern sind die staatlichen Erträge bei der Investition in einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. im postsekundaren, nicht tertiären Bereich von männlichen und weiblichen Bildungsteilnehmern positiv. Im Durchschnitt aller OECD-Länder generiert ein Abschluss in diesem Bildungsbereich einen staatlichen Nettoertrag von 38.000 US-Dollar bei einem Mann und von 22.000 US-Dollar bei einer Frau (Tab. A7.2a und A7.2b).

Im Durchschnitt ist der staatliche Nutzen doppelt so hoch wie der staatliche Gesamtaufwand für eine Ausbildung im Sekundarbereich II bzw. postsekundaren, nicht

tertiären Bereich, sowohl bei Frauen als auch bei Männern. Im Vereinigten Königreich ist der staatliche Nutzen fast sechsmal höher als der staatliche Aufwand bei einem Mann mit diesem Bildungsstand, bei Frauen ist es sogar das 8-Fache (Tab. A7.2a und A7.2b).

Abschluss im Tertiärbereich

Im Durchschnitt der OECD-Länder sind die staatlichen Investitionen für einen Bildungsabschluss im Tertiärbereich pro Absolvent 39.000 US-Dollar höher als für einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereich (unter Berücksichtigung des direkten staatlichen Aufwands und der indirekten Kosten). Der staatliche Aufwand für einen Absolventen im Tertiärbereich ist in Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Norwegen, Österreich und Schweden am höchsten (über 60.000 US-Dollar mehr als für einen Absolventen im Sekundarbereich II) (Abb. A7.3).

In den meisten Ländern sind die staatlichen Erträge für einen Abschluss im Tertiärbereich wesentlich höher als für einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bildungsbereich. Grund hierfür sind die durch das bessere Einkommensniveau der Absolventen des Tertiärbereichs verursachten höheren Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeitragszahlungen. Im Durchschnitt der OECD-Länder beläuft sich der staatliche Nettoertrag aus einer Investition in einen Abschluss im Tertiärbereich bei einem Mann auf mehr als 100.000 US-Dollar und bei einer Frau auf mehr als 57.000 US-Dollar. Unter Berücksichtigung der direkten Kosten, des entgangenen Einkommens und der öffentlichen Zuschüsse übertrifft der staatliche Nutzen bei einem männlichen Absolventen des Tertiärbereichs die staatlichen Kosten um das Vierfache, bei einer Absolventin um das Doppelte (Tab. A7.4a und A7.4b).

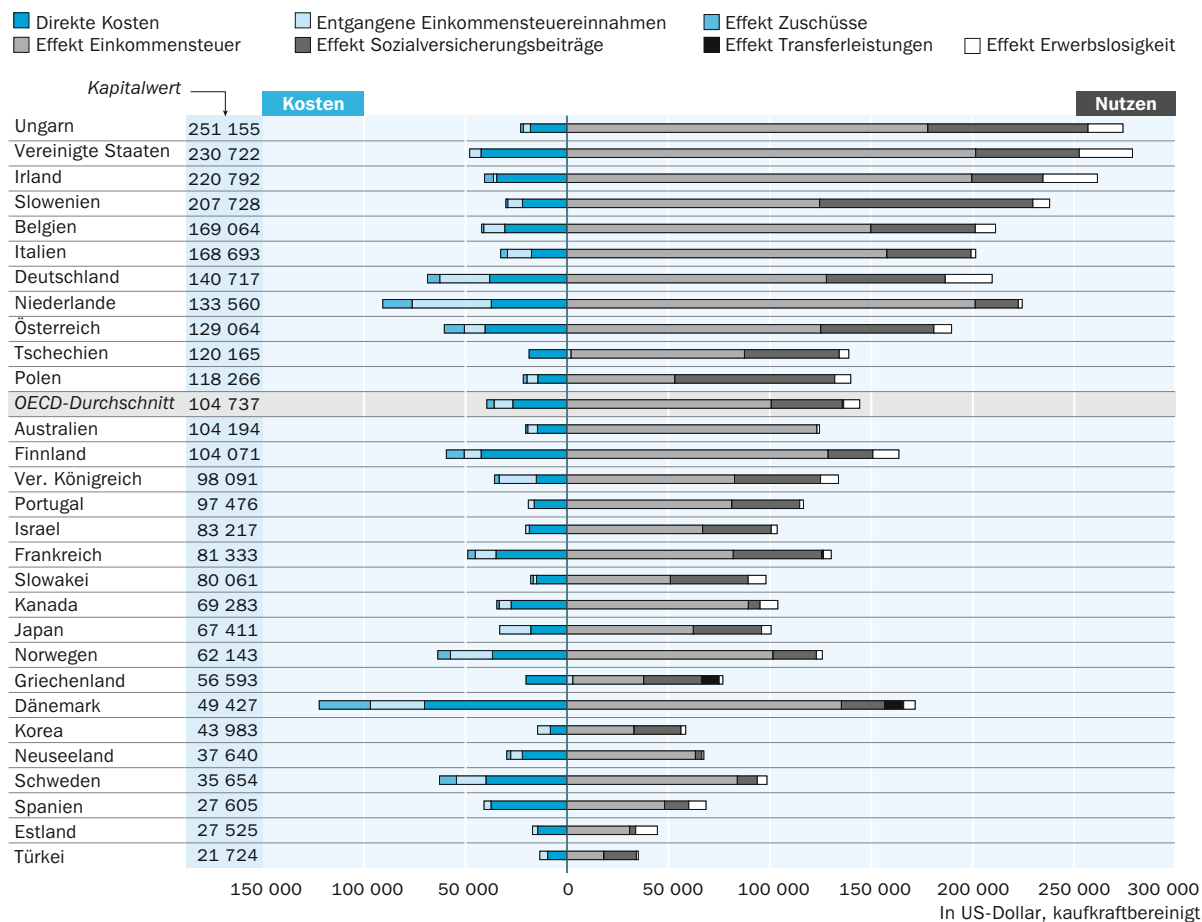
Die unterschiedlichen Erträge sowohl auf privater als auch auf staatlicher Seite werden weitgehend durch die unterschiedlichen Einkommen bestimmt. Wenn die Einkommensunterschiede geringer sind, ist auch der wirtschaftliche Ertrag eines Abschlusses im Tertiärbereich geringer. Dies gilt insbesondere in Dänemark, Neuseeland, Norwegen und Schweden. In den nordischen Ländern werden die Effekte dieser geringen Einkommensdifferenzen im Allgemeinen dadurch aufgewogen, dass die Ausbildung im Tertiärbereich fast kostenlos angeboten wird und großzügige Studienbeihilfen gewährt werden (s. Indikator B5).

Aufgrund der erheblichen Unterschiede bei den Einkommenszuschlägen in den einzelnen OECD-Ländern ergeben sich auch Unterschiede bei den Steuer- und anderen staatlichen Einnahmen in einer Art und Weise, die nicht ganz den allgemeinen Erwartungen entspricht. Wegen des geringen Einkommenszuschlags in den nordischen Ländern erreichen die durchschnittlichen Einkommen von Absolventen des Tertiärbereichs normalerweise nicht den Bereich mit hohen Grenzsteuersätzen. Der Staat profitiert in den Ländern bei den Steuern und Sozialabgaben von Hochschulabsolventen am stärksten, in denen die Einkommensunterschiede groß sind bzw. in denen das durchschnittliche Einkommensniveau einem hohen Einkommensteuersatz unterliegt. In Deutschland, Irland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Polen, Slowenien, Ungarn und den Vereinigten Staaten zahlen Absolventen des Tertiärbereichs erheblich mehr Steuern und Sozialabgaben. Der Einkommenszuschlag liegt in jedem dieser Länder über dem OECD-Durchschnitt, und daher sind auch die abgeführten Sozialabgaben höher.

Abbildung A7.3

Staatliche Kosten und staatlicher Nutzen bei einem Mann, der einen Abschluss im Tertiärbereich erwirbt (2009)

Im Vergleich zu den Erträgen eines Abschlusses im Sekundärbereich II bzw. postsekundaren, nicht tertiären Bereich



Anmerkung: Referenzjahr für die Türkei ist 2005, für Japan 2007, für Italien, die Niederlande und Polen 2008, für alle anderen Länder 2009. Cashflow-Bestandteile sind mit einem Zinssatz von 3 Prozent abgezinst.

Anordnung der Länder in absteigender Reihenfolge des staatlichen Kapitalwerts.

Quelle: OECD. Tabelle A7.4a. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eaag.htm. StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932846671>

In einigen Ländern gibt es steuerpolitische Maßnahmen zur effektiven Senkung der tatsächlich abgeführten privaten Einkommensteuern, insbesondere in den oberen Einkommensklassen. Zur Förderung des Eigenheimbesitzes haben viele OECD-Länder Steuererleichterungen für Hypothekenzinsen eingeführt. Derartige Vergünstigungen kommen hauptsächlich den Absolventen des Tertiärbereichs und den Zahlern hoher Grenzsteuersätze zugute. Besonders hohe Steuererleichterungen für ein Eigenheim werden in Dänemark, Finnland, Griechenland, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, Tschechien und den Vereinigten Staaten gewährt (s. Andrews et al., 2011).

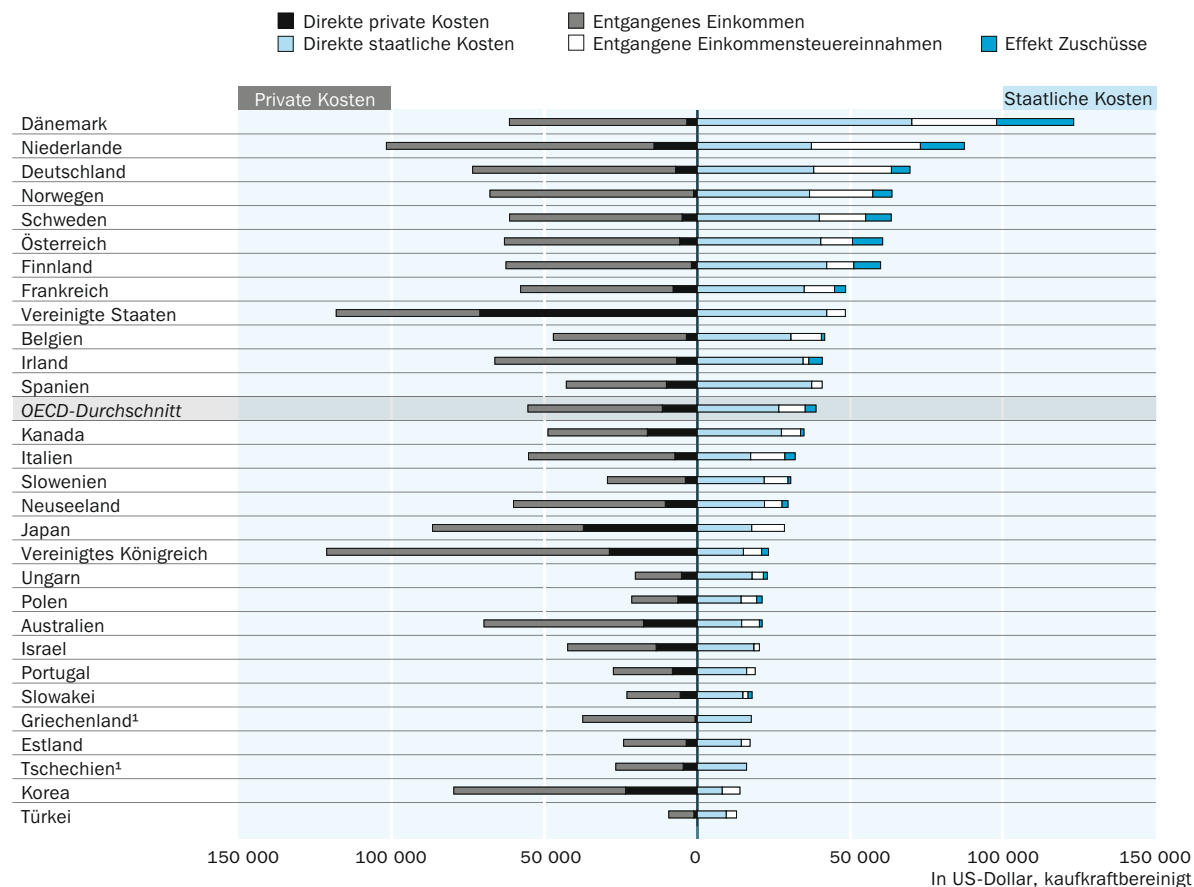
Die Verteilung der Bildungskosten zwischen dem staatlichen und dem privaten Sektor

Die direkten Kosten der Bildung werden größtenteils vom staatlichen Sektor getragen. Im Durchschnitt aller OECD-Länder tragen die Bildungsteilnehmer rund 30 Prozent der gesamten direkten privaten und staatlichen Investitionskosten für die Bildung im

Abbildung A7.4

Staatliche gegenüber privaten Kosten für einen Abschluss im Tertiärbereich bei einer Frau (2009)

Im Vergleich zu den Erträgen eines Abschlusses im Sekundarbereich II bzw. postsekundaren, nicht tertiären Bereich



Anmerkung: Referenzjahr für die Türkei ist 2005. Referenzjahr für Japan ist 2007. Referenzjahr für Italien, Niederlande und Polen ist 2008. Referenzjahr für alle anderen Länder ist 2009. Cashflow-Bestandteile sind mit einem Zinssatz von 3 Prozent abgezinst.

1. Bei Tschechien und Griechenland beziehen sich die direkten staatlichen Kosten auf die staatlichen Gesamtkosten.

Anordnung der Länder in absteigender Reihenfolge der staatlichen Gesamtkosten.

Quelle: OECD. Tabellen A7.3b und A7.4b. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag.htm StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932846690>

Tertiärbereich. Nur in wenigen Ländern, insbesondere in Australien, Japan, Korea, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, machen die direkten privaten Kosten wie Studiengebühren über die Hälfte der gesamten direkten öffentlichen und privaten Kosten für eine Ausbildung im Tertiärbereich aus. Einige Länder gewähren den Bildungsteilnehmern Stundenzuschüsse und Darlehen zur Erleichterung der finanziellen Belastung, die der angestrebte Erwerb eines Abschlusses im Tertiärbereich mit sich bringt. Die Stundenzuschüsse werden nach verschiedenen Kriterien gewährt, z. B. herausragenden Leistungen oder der sozioökonomischen Herkunft, um auch junge Menschen aus Familien mit einem niedrigen Einkommen zu einer Fortsetzung ihrer Ausbildung zu ermutigen. Besonders hohe Zuschüsse werden in den nordischen Ländern wie Dänemark (25.200 US-Dollar), Finnland (8.700 US-Dollar) und Schweden (8.300 US-Dollar) gewährt, ferner auch in den Niederlanden (14.400 US-Dollar) und in Österreich (9.900 US-Dollar). Interessanterweise scheint keine Beziehung zwischen den direkten Kosten und den Stundenzuschüssen zu bestehen. Die Länder mit den

Kasten A7.1

Was bedeuten private und öffentliche Erträge aus Bildung

Die privaten Erträge aus Bildung sind für den Einzelnen ein wesentlicher Anreiz zur Investition in Bildung über die Schulpflicht hinaus. In diesem Kasten wird der Begriff „Ertrag“ immer im Sinne einer Ertragsrate verwendet. Bei der Ertragsrate wird der Ertrag, also das entsprechende Einkommen, als Prozentsatz der Investition ausgedrückt. Ein hoher privater Ertrag wirkt für den Einzelnen als starke Motivation, in (Weiter-)Bildung über die Schulpflicht hinaus zu investieren. In modernen Gesellschaften ist auch der Staat am Nutzen und den Kosten der Bildung beteiligt. Normalerweise besteuert er einen Teil des privaten Zusatzeinkommens, trägt aber auch einen Teil der Kosten, somit lassen sich staatliche Erträge für weiter gehende Bildungsinvestitionen errechnen. Wie auch bei den privaten Erträgen bestehen diese aus dem Überschuss der durch höhere Bildungsabschlüsse veranlassten staatlichen Einnahmen über die dem Staat durch diese Bildungsteilnahme entstehenden Kosten. Jedoch können die staatlichen Erträge nicht direkt als Orientierung für politische Entscheidungen über Bildungsinvestitionen herangezogen werden, wie dies im privaten Bereich mit den privaten Erträgen geschehen kann. Für die Politik ergeben sich nützliche Einsichten erst durch den Vergleich von staatlichen und privaten Erträgen. Genauer gesagt können anhand dieses Vergleichs staatlicherseits die geeigneten Finanzierungskonzepte für eine Bildungsteilnahme über die Schulpflicht hinaus entwickelt werden.

Die Humankapitaltheorie sieht den Einzelnen, nicht den Staat als denjenigen, der in Bildung investiert. Denn schließlich entscheidet jeder Einzelne für sich persönlich, ob er seine Ausbildung fortsetzen will oder nicht. Diese Entscheidung wird in dem Bewusstsein getroffen, dass die Investition von Zeit in weiterführende Bildung das Entgelt pro Zeiteinheit erhöhen wird. Da aber die Dauer des Erwerbslebens begrenzt ist bzw. das Ruhestandsalter festliegt, verkürzt sich bei längerer Bildungsdauer die zur Teilnahme am Arbeitsmarkt noch zur Verfügung stehende Zeit. Die Humankapitaltheorie besagt, dass der Einzelne – unter der Annahme vollkommener Märkte und rational handelnder Einzelner – ohne staatliches Eingreifen genau die Bildungsdauer auswählen wird, mit der er sein Einkommen während seiner Lebensdauer maximieren kann. Wenn zum Beispiel durch technischen Wandel der private Ertrag für das Humankapital angehoben wird, werden die privaten Akteure – so das Modell – mehr Zeit in Bildung investieren, als sie ansonsten investiert hätten. Durch steigende private Erträge werden die Marktteilnehmer direkt veranlasst, die Nutzung der zur Verfügung stehenden Zeit zu überdenken, um ihr Lebenseinkommen zu maximieren.

Bringt man nun den Staat mit in das Modell ein, so würde er idealerweise die eigenen Entscheidungen der Privatpersonen in dieser hypothetischen Welt nicht beeinflussen. Daraus folgt, dass der Steuersatz für Mehreinkommen aufgrund eines höheren Bildungsstandes (höheres Entgelt) genau dem Satz entsprechen sollte, mit dem der Staat die Bildungskosten subventioniert. Mit anderen Worten, die staatliche Politik sollte neutral sein (Netherlands Bureau of Economic Policy Analysis, 2012). Progressive Besteuerung und Kapitalertragssteuern führen zu komplexeren Effekten, aber der Grundsatz der Neutralität gilt weiterhin (Lans Bovenberg und Jacobs, 2005).

Daher sind die staatlichen Erträge mit großer Vorsicht zu bewerten. Die Effizienz staatlicher Bemühungen bei der Finanzierung weiterführender Bildung lässt sich durch einen Vergleich der staatlichen mit den privaten Erträgen beurteilen. Übersteigen die staatlichen Erträge die privaten, wird das Mehreinkommen, das sich aus dem höheren Bildungsstand ergibt, stärker besteuert, als die Bildung staatlich subventioniert wird. Dies wird den Einzelnen von Bildungsinvestitionen abhalten und zu einem – sowohl für den Einzelnen als auch für den Staat – suboptimalen Lebensarbeitseinkommen führen. Das Umgekehrte gilt, wenn die staatlichen Erträge unter den privaten liegen. In diesem Fall investiert der Staat zu viel in die Bildung und veranlasst Einzelne dazu, zu viel in Bildung zu investieren, was auch das Niveau des Lebensarbeitseinkommens unter das maximal erzielbare drückt. Die optimale staatliche Politik bedeutet gleich hohe staatliche und private Erträge, was wiederum nur ein anderer Ausdruck des Neutralitätsgrundsatzes ist.

Allerdings gilt dieser Grundsatz nur, wenn auch die beiden anderen Annahmen gelten: dass es einen vollkommenen Markt gibt und dass die Einzelnen rational handeln. Sollten diese beiden Annahmen nicht mehr gelten, kann es für den Staat durchaus Veranlassung geben, vom Neutralitätsgrundsatz abzuweichen.

Zunächst einmal kann Bildung möglicherweise eine Reihe externer Effekte haben. Außer dem Einkommen für den Einzelnen könnte eine Bildungsinvestition auch Vor- bzw. Nachteile für andere mit sich bringen, die der Investierende nicht internalisieren kann und die dann den Markt verzerren. Der Nutzen für die Gesellschaft als Ganzes könnte größer oder geringer sein als der Nutzen für den Einzelnen. Zu den positiven externen Effekten zählen u. a. die Wissensverbreitung, staatsbürgerliches und gesellschaftliches Wohlergehen und eine geringere Verbrechensrate. Es können sich jedoch auch negative externe Effekte ergeben. In der Literatur gibt es Hinweise darauf, dass der gesellschaftliche Nutzen den privaten Nutzen übersteigt und somit per Saldo die externen Effekte positiv sind (Netherlands Bureau of Economic Policy Analysis, 2012). Mittels staatlicher Beihilfen kann es dem Einzelnen ermöglicht werden, diesen externen Nutzen zu internalisieren.

Zum Zweiten ist eine weitere Bildungsinvestition eine rationale, langfristige Entscheidung, die impliziert, dass die mehr oder weniger bekannten unmittelbar anfallenden Bildungskosten gegen nicht sichere Vorteile in der Zukunft abgewogen werden. In der Literatur finden sich Hinweise darauf, dass der Einzelne dazu neigt, Vorteile in der Zukunft zu niedrig einzuschätzen (s. beispielsweise Laibson, 1997) bzw. hoch risikoscheu zu sein. In derartigen Fällen kann es sein, dass der Einzelne zu wenig in Bildung investiert. Hier können staatliche Subventionen korrigierend auf das Verhalten des Einzelnen wirken. Wenn die externen Effekte insgesamt positiv sind, die Entscheidungen des Einzelnen aber eher zu suboptimalen Bildungsinvestitionen führen, weil sie durch persönliche Einstellungen beeinflusst werden, sind staatliche Subventionen der Bildungsinvestition gefragt, die den Grenzsteuersatz auf Erwerbseinkommen übersteigen. Dies führt zu einer staatlichen Ertragsrate, die unter der privaten liegt. Doch es sei noch einmal betont, die staatliche Ertragsrate kann nicht allein als Anreiz für höhere staatliche Investitionen in Bildung herangezogen werden.

Was bedeutet das für die praktische Politik? Tatsächlich ist es äußerst schwierig, die staatlichen und die privaten Erträge richtig und vollständig abzuschätzen. Daher sind die in *Bildung auf einen Blick* veröffentlichten Zahlen mit Vorsicht zu interpretieren. Zeigen sich jedoch deutliche Diskrepanzen zwischen den privaten und staatlichen Erträgen, ist eine weitere Analyse angebracht, um zu prüfen, ob nicht etwa das Steuersystem oder die Subventionsvergabe zu starken Verzerrungen führen. Ferner können die staatlichen und privaten Erträge nur als Hinweise auf die optimale Finanzierungsmethode für Bildungsangebote nach der Schulpflicht gelten, d. h., um festzustellen, wie Kosten und Nutzen zwischen dem Staat und dem Einzelnen aufgeteilt werden könnten. Bildungspolitik umfasst jedoch noch wesentlich mehr.

höheren Studienzuschüssen sind nicht diejenigen mit den höchsten direkten privaten Kosten. Umgekehrt gewährt unter den fünf Ländern mit den höchsten direkten Kosten nur das Vereinigte Königreich Studienbeihilfen in nennenswerter Höhe (2.200 US-Dollar) (Abb. A7.4).

Definitionen

Direkte Kosten stehen für die Ausgaben, die jährlich für Bildungsteilnehmer mit Mitteln aus allen Quellen (öffentliche, private Haushalte und andere private Einheiten) getätigt werden. Sie stehen im Verhältnis zur Länge der Ausbildungsdauer.

Die Höhe des *entgangenen Einkommens* während der Dauer der Ausbildung/des Studiums hängt hauptsächlich vom Einkommensniveau ab, das jemand, der nicht in Ausbildung ist, zu erwarten hätte, sowie von der Ausbildungsdauer. Das entgangene Einkommen eines Bildungsteilnehmers ist der Nettobetrag nach Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und sozialen Transferleistungen.

Entgangene Einkommensteuern umfassen die Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sozialen Transferleistungen, die die Staatskasse nicht vereinnahmt.

Die *Einkommensvorteile (brutto)* sind eine Schätzung des Erwerbseinkommens, das der Einzelne nach dem Ausbildungsabschluss auf dem Arbeitsmarkt erzielen kann.

Der *Einkommensteuereffekt* ist der Betrag, der dem staatlichen Sektor schätzungsweise durch die Steuern zufließt. In der Regel ist dies die Hauptquelle der staatlichen Erträge aus den getätigten Bildungsinvestitionen. Aufgrund der Steuerprogression ist der Effekt bei den Absolventen des Tertiärbereichs ausgeprägter.

Die *Ertragsrate* gibt an, bei welchem realen Zinssatz die Investition die Gewinnschwelle erreicht.

Der *Kapitalwert* steht für den Unterschied zwischen dem abgezinnten Nutzen und den abgezinnten Investitionskosten und bildet den Mehrwert ab, den die Bildung über den realen Zinssatz von 3 Prozent hinaus erwirtschaftet, der für derartige Kapitalflüsse angesetzt wird.

Der **Effekt der Sozialversicherungsbeiträge** bei den vorliegenden Berechnungen umfasst nur die vom Arbeitnehmer geleisteten Beiträge, die Arbeitgeberbeiträge bleiben unberücksichtigt, denn diese sind eine weitere Quelle staatlicher Erträge. In den meisten OECD-Ländern zahlen die Arbeitnehmer pauschale Sozialversicherungsbeiträge, daher sind die Unterschiede zwischen den Bildungsbereichen geringer und proportional zum Einkommensniveau.

Der **Effekt der Transferleistungen** betrifft die sozialen Transferleistungen für ein bestimmtes Einkommensniveau.

Der **Effekt der Erwerbslosigkeit** wird anhand des Einkommensniveaus für die verschiedenen Bildungsbereiche im Laufe des Erwerbslebens in geldwerte Vorteile umgerechnet.

Angewandte Methodik

Dieser Indikator baut auf Informationen auf, die in anderen Kapiteln von **Bildung auf einen Blick 2012** dargestellt wurden, mit einer Ausnahme: Zur Berechnung der staatlichen Erträge und der Untersuchung des Nettovorteils für den Einzelnen wurden Daten aus der OECD-Datenbank „Taxing Wages“ herangezogen. Als Einkommensdaten werden die Angaben aus den Erhebungen des Netzwerks zu den Arbeitsergebnissen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Lernens (LSO) verwendet (in **Bildung auf einen Blick 2012** sind diese als relative Einkommen in Indikator A8 dargestellt). Die Angaben zu den direkten Kosten der Bildung wurden den Indikatoren B1 und B3 entnommen. Die Daten zur Beschäftigungswahrscheinlichkeit (Erwerbslosenquote für die verschiedenen Bildungsbereiche und Altersgruppen) sind Indikator A7 entnommen. Die Mindestlöhne werden als Näherungswert für das potenzielle Entgelt eines Bildungsteilnehmers verwendet, das er verdienen könnte, wenn er sich nicht in Ausbildung befände, um das entgangene Einkommen eines Absolventen des Sekundarbereichs II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereichs zu berechnen.

In diesem Indikator werden die Erträge aus Bildung mittels des Kapitalwerts der Investition (net present value – NPV) berechnet. Hierbei werden Kosten und Nutzen während des gesamten Lebens auf den Zeitpunkt zurückgerechnet, an dem mit der Investition begonnen wurde. Dies geschieht, indem alle Mittelflüsse mit einem bestimmten Zinssatz (dem Abzinsungssatz) auf den Investitionsbeginn abgezinst werden. Die Festlegung des Zinssatzes ist recht schwierig, da er nicht nur den gesamten Zeithorizont der Investitionsdauer erfassen sollte, sondern auch die Kreditkosten bzw. das empfundene Investitionsrisiko. Zur Vereinfachung und leichteren Interpretation der Ergebnisse wird der gleiche Abzinsungssatz für alle OECD-Länder angewendet.

Um einen angemessenen Abzinsungssatz zu bestimmen, wurden langfristige Staatsanleihen als Bezugspunkt gewählt. 2009 betrug der durchschnittliche langfristige Zinssatz in den OECD-Ländern ca. 4,4 Prozent (OECD-Finanzdatenbank [OECD, 2013]). Unter der Annahme, dass die nationalen Zentralbanken die erwartete Inflation bei maximal 2 Prozent pro Jahr halten konnten, bedeutet dies einen Realzinssatz zwischen 2 Prozent und 3 Prozent. Der hier verwendete reale Abzinsungssatz von 3 Prozent spiegelt die Tatsache wider, dass die Berechnungen zu konstanten Preisen durchge-

führt wurden. Die Veränderung des Abzinsungssatzes hat wesentliche Auswirkungen auf den Kapitalwert von Bildungsinvestitionen.

Die Abzinsung von Kosten und Nutzen mittels dieses Zinssatzes auf den Gegenwarts- oder Barwert macht den wirtschaftlichen Nutzen der Gesamtinvestition und die Höhe seiner einzelnen Bestandteile über die Zeit und alle Länder vergleichbar. Durch Verwendung der gleichen Betrachtungsgröße können auch einzelne Bestandteile in den einzelnen Bildungsbereichen oder zwischen privater und staatlicher Seite hinzugezählt oder abgezogen werden, um die Wechselwirkungen einzelner Faktoren zu untersuchen.

Die Berechnungen nach der Kapitalwertmethode basieren auf dem gleichen Prinzip wie die Berechnungen der Ertragsrate nach der internen Zinsfußmethode (internal rate of return – IRR), der wesentliche Unterschied zwischen beiden Methoden liegt in der Festlegung des Zinssatzes. Bei den Berechnungen im Rahmen der internen Zinsfußmethode wird der Zinssatz so weit angehoben, bis sich der wirtschaftliche Nutzen und die Investitionskosten die Waage halten. Dies ergibt den Zinssatz, bei dem die Investition die Gewinnschwelle erreicht.

Bei der Berechnung des Kapitalwerts beinhaltet der private Investitionsaufwand das entgangene Nettoeinkommen, bereinigt um die Beschäftigungswahrscheinlichkeit (Erwerbslosenquote) und den direkten privaten Aufwand für die Bildungsteilnahme. Beide Investitionsflüsse berücksichtigen die Dauer der Bildungsteilnahme. Auf der Nutzenseite gehen die altersabhängigen Einkommensprofile in die Berechnung der Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen Absolventengruppen ein. Aus diesen Unterschieden bei den Bruttoeinkommen ergeben sich nach Bereinigung um die Unterschiede bei den Einkommensteuern, Sozialabgaben und Transferleistungen (u. a. Wohngeld und einkommensabhängige Sozialleistungen) die Nettoeinkommensunterschiede. Ferner wird der Cashflow um die Beschäftigungswahrscheinlichkeit (Erwerbslosenquote) bereinigt. Die Berechnungen werden getrennt für Männer und Frauen durchgeführt, um den geschlechtsspezifischen Einkommensunterschieden und Erwerbslosenquoten Rechnung zu tragen.

Zur Berechnung des Kapitalwerts einer staatlichen Investition gehen in den staatlichen Aufwand die entgangenen staatlichen Einnahmen während der Ausbildung (Einkommensteuern und Sozialabgaben) ein sowie die staatlichen Ausgaben (unter Berücksichtigung der Ausbildungsdauer). In einigen Ländern sind die Steuerausfälle gering, da junge Menschen weniger verdienen. Die Kosten der Bildung bestehen für den staatlichen Sektor aus den direkten Bildungsausgaben (wie dem direkten Aufwand für Gehälter der Lehrkräfte, den Bau von Schulgebäuden, dem Kauf von Schulbüchern usw.) sowie aus den öffentlich-privaten Transferleistungen (wie Stipendien und Studienbeihilfen an private Haushalte und andere Zuschüsse für Ausbildungsangebote am Arbeitsplatz an andere private Einheiten). Auf der Nutzenseite stehen für den öffentlichen Sektor die Mehreinnahmen von Steuern und Sozialabgaben aus höheren Einkommen sowie Einsparungen bei den Transferzahlungen, d. h. bei Wohngeld und Sozialleistungen, die der Staat oberhalb eines bestimmten Einkommensniveaus nicht mehr aufbringen muss.

Für die hier vorgenommenen Ermittlungen der finanziellen Erträge sind einige generelle konzeptionelle Einschränkungen zu berücksichtigen, z. B.:

- Für die Berechnung des Gesamteinkommens während des Erwerbslebens wird beispielsweise für alle Länder einheitlich das Alter von 64 Jahren als Obergrenze angesetzt. Das Ruhestandsalter variiert jedoch stark von Land zu Land. Einige Jahre aktiver Arbeitsmarktteilnahme mehr oder weniger können für den Einzelnen und den Staat einen großen Unterschied bei dem Ertrag aus seiner Bildung bedeuten. Damit sind die Ertragsraten in den Ländern, in denen das Ruhestandsalter deutlich von der Altersgrenze 64 Jahre abweicht, mit großer Wahrscheinlichkeit entweder zu hoch oder zu niedrig angesetzt.
- Da das Einkommen üblicherweise mit dem Bildungsstand steigt, konsumieren Bessergebildete normalerweise auch mehr Waren und Dienstleistungen und zahlen so zusätzlich Mehrwertsteuer auf ihren Konsum. Daher sind in diesem Indikator die staatlichen Ertragsraten wohl zu niedrig angesetzt.
- Besserverdienende zahlen tendenziell auch mehr für ihre Altersvorsorge ein und verfügen somit auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben noch über weitere Einkommensvorteile, die in den Berechnungen in diesem Indikator unberücksichtigt bleiben. Bessergebildete haben außerdem tendenziell eine höhere Lebenserwartung, was zusätzliche staatliche Kosten mit sich bringt, die hier ebenfalls unberücksichtigt bleiben.
- Viele Staaten gewähren Bildungsteilnehmern Darlehen zu geringen Zinssätzen. Darlehen können einen starken Anreiz für den Einzelnen zur Fortsetzung der Bildungsteilnahme darstellen, deren Kosten hierdurch gesenkt werden. Allerdings müssen Darlehen später zurückgezahlt werden und vermindern daher auch den finanziellen Nutzen der Bildungsteilnahme. Solche Zuschüsse können den Ertrag aus Bildung für den Einzelnen häufig erheblich beeinflussen, sie werden jedoch in diesem Indikator nicht berücksichtigt.
- Bei den direkten Kosten handelt es sich vorrangig um die Schul-/Studiengebühren, aber auch um die Kosten für Lernmaterialien oder die Lebenshaltungskosten, die durch den Wohnungswechsel an einen Ort veranlasst werden, an dem ein bestimmtes Bildungsangebot wahrgenommen wird. Sie werden hier nicht berücksichtigt.
- Die angegebenen Daten stellen rein rechnerische Werte dar. Zweifellos unterscheiden sich diese Ergebnisse von ökonometrischen Schätzungen, die eher die gleichen Daten auf der Mikroebene (z. B. Daten aus Haushalts- oder Einzelerhebungen) anwenden würden und nicht das lebenslange Einkommen errechnet auf Basis von Durchschnittseinkommen.
- Bei der Interpretation der entgangenen Einkommen bei einem Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereich ist Vorsicht angebracht, da die Mindestlöhne als Näherungswert verwendet werden.

Vor diesem Hintergrund sollten die Zahlen zu den Bildungserträgen in den einzelnen Ländern mit Vorsicht interpretiert werden.

Der hier gewählte Ansatz schätzt das künftige Einkommen von Personen mit unterschiedlichem Bildungsstand auf Grundlage der Erkenntnisse über die aktuellen Unterschiede bei den durchschnittlichen Bruttoeinkommen nach Bildungsstand und Alter. Die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Abschlüssen und Einkommen müssen in der Zukunft jedoch nicht unbedingt die gleichen sein wie in der Gegenwart,

denn der technologische, wirtschaftliche und soziale Wandel können das mit einem bestimmten Bildungsstand assoziierte Einkommensniveau verändern.

In den Unterschieden bei den Erträgen zwischen den einzelnen Ländern kommen zum Teil auch unterschiedliche institutionelle und vom Markt unabhängige, einkommenswirksame Bedingungen zum Tragen, wie institutionelle Bedingungen, die die Flexibilität der relativen Einkommen einschränken.

Die Beurteilung des Nutzens berücksichtigt auch den Beitrag von Bildung zu einer höheren Beschäftigungswahrscheinlichkeit, wenn eine Beschäftigung angestrebt wird. Das macht die Ergebnisse jedoch auch abhängig von der konjunkturellen Phase, in der die Daten erhoben wurden. Da Besserausgebildete normalerweise auch in schwierigeren ökonomischen Zeiten eher im Arbeitsmarkt verbleiben, steigt im Allgemeinen der Wert des erworbenen Bildungsstandes in Zeiten schwachen wirtschaftlichen Wachstums.

Ferner erfordern die Berechnungen eine Reihe restriktiver Annahmen zur Wahrung der internationalen Vergleichbarkeit. Zur Berechnung der Bildungsinvestition wurde das entgangene Einkommen auf der Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes bzw. einer Entsprechung hierfür für die Länder, in denen die Einkommensdaten auch Teilzeitarbeitsverhältnisse enthalten, standardisiert. Wenn kein nationaler Mindestlohn verfügbar war, wurde eine Einkommensstufe aus den Tarifverträgen gewählt. Durch diese Annahme wird versucht, die angegebenen sehr niedrigen Einkommen für 15- bis 24-Jährige auszugleichen, die in früheren Ausgaben von [Bildung auf einen Blick](#) zu außergewöhnlich hohen Schätzwerten führten. Bei Japan, den Niederlanden, Portugal, Tschechien, Ungarn und dem Vereinigten Königreich werden die tatsächlichen Einkommen zur Berechnung der entgangenen Einkommen verwendet, da dort in den Erhebungen zu den Einkommensdaten keine Teilzeitbeschäftigungen enthalten sind.

Kosten und Nutzen eines Abschlusses im Sekundarbereich II oder im postsekundären, nicht tertiären Bereich lassen sich für Belgien und die Niederlande nicht berechnen, da der Besuch des Sekundarbereiches II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereichs in diesen Ländern Pflicht ist. Im Falle einer verpflichtenden Bildungsteilnahme kann die Methodik dieses Indikators, die den Investitionsansatz verfolgt, nicht konsequent angewendet werden. Der Investitionsansatz unterstellt, dass eine Investitionsentscheidung über den Erwerb eines Abschlusses auf einem bestimmten Niveau getroffen wird, um in den Genuss des damit verbundenen Nutzens zu gelangen. In den Ländern, in denen die Teilnahme an einem bestimmten Bildungsbereich Pflicht ist, steht eine solche Entscheidung nicht an, und daher greift diese Methodik in diesen Fällen nicht.

Weitere Einzelheiten zur angewandten Methodik s. OECD, 2011 sowie Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag.htm.

Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des völkerrechtlichen Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland.

Weiterführende Informationen

Andrews, D., A. Caldera Sánchez and A. Johansson (2011), „Housing Markets and Structural Policies in OECD Countries“, *OECD Economics Department Working Papers*, No. 836, OECD Publishing, <http://dx.doi.org/10.1787/5kgk8t2kguf3-en>.

Laibson, D. (1997), „Golden Eggs and Hyperbolic Discounting“, *Quarterly Journal of Economics*, May, pp. 443–477.

Lans Bovenberg, A. and B. Jacobs (2005), „Redistribution and Education Subsidies are Siamese Twins“, *Journal of Public Economics*, Vol. 89 (11–12), pp. 2005–2035.

Netherlands Bureau of Economic Policy Analysis (2012), „Increases of Private Contribution to Higher Education“, The Hague.

OECD (2011), „A User’s Guide to Indicator A9: Incentives to Invest in Education“ (im Internet unter www.oecd.org/edu/eag2011).

OECD (2013), „Exchange Rates (USD monthly averages)“, Monthly Monetary and Financial Statistics (MEI) (Datenbank), <http://stats.oecd.org/Index.aspx?QueryId=169> (Zugriff am 13. Mai 2013).

Tabellen Indikator A7

- Tabelle A7.1a: Private Kosten und privater Nutzen für einen Mann, der einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundaren, nicht tertiären Bereich erwirbt (2009)
StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849103>
- Tabelle A7.1b: Private Kosten und privater Nutzen für eine Frau, die einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundaren, nicht tertiären Bereich erwirbt (2009)
StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849122>
- Tabelle A7.2a: Staatliche Kosten und staatlicher Nutzen bei einem Mann, der einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundaren, nicht tertiären Bereich erwirbt (2009)
StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849141>
- Tabelle A7.2b: Staatliche Kosten und staatlicher Nutzen bei einer Frau, die einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundaren, nicht tertiären Bereich erwirbt (2009)
StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849160>
- Tabelle A7.3a: Private Kosten und privater Nutzen für einen Mann, der einen Abschluss im Tertiärbereich erwirbt (2009)
StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849179>

- Tabelle A7.3b: Private Kosten und privater Nutzen für eine Frau, die einen Abschluss im Tertiärbereich erwirbt (2009)
StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849198>
- Tabelle A7.4a: Staatliche Kosten und staatlicher Nutzen bei einem Mann, der einen Abschluss im Tertiärbereich erwirbt (2009)
StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849217>
- Tabelle A7.4b: Staatliche Kosten und staatlicher Nutzen bei einer Frau, die einen Abschluss im Tertiärbereich erwirbt (2009)
StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849236>

Tabelle A7.1a

Private Kosten und privater Nutzen für einen Mann, der einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereich erwirbt (2009)

Im Vergleich zu einem Mann, der einen Abschluss im Sekundarbereich I erwirbt (in US-Dollar, kaufkraftbereinigt mittels KKP für das BIP)

	Jahr	Direkte Kosten	Entgangenes Einkommen	Gesamtkosten	Einkommensvorteile (brutto)	Effekt Einkommensteuer	Effekt Sozialversicherungsbeiträge	Effekt Transferleistungen	Effekt Erwerbslosigkeit	Gesamtnutzen	Kapitalwert	Ertragsrate
		(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
OECD-Länder												
Australien	2009	-3019	-27 156	-30 175	176 400	-64 407	0	-8 303	49 011	152 701	122 526	19,9%
Österreich	2009	-1 890	-44 642	-46 532	296 619	-73 664	-64 903	-8 442	53 792	203 402	156 870	13,1%
Belgien ¹		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Kanada	2009	-3 176	-26 160	-29 336	161 993	-51 689	-12 759	-1 050	37 895	134 391	105 055	13,9%
Chile		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Tschechien	2009	-2 116	-16 417	-18 533	111 711	-33 748	-22 963	0	97 226	152 226	133 693	23,8%
Dänemark	2009	-767	-38 878	-39 645	196 594	-75 388	-18 916	-10 020	28 105	120 374	80 729	11,8%
Estland	2009	-252	-8 833	-9 085	32 324	-12 566	-1 362	0	35 810	54 206	45 121	16,9%
Finnland	2009	-178	-30 022	-30 201	75 381	-28 532	-6 632	-7 202	28 082	61 097	30 897	7,8%
Frankreich	2009	-2 632	-26 088	-28 720	112 593	-23 972	-21 496	-13 971	44 735	97 888	69 168	10,9%
Deutschland	2009	-3 973	-36 807	-40 779	108 511	-42 779	-39 984	-14 061	85 286	96 973	56 193	8,2%
Griechenland	2009	-1 780	-30 044	-31 824	93 624	-11 870	-15 658	-23 320	3 845	46 622	14 798	4,1%
Ungarn	2009	-823	-11 014	-11 837	80 092	-31 994	-22 087	0	49 789	75 800	63 962	19,4%
Island		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Irland	2009	-688	-24 715	-25 403	184 104	-67 498	-23 665	0	74 829	167 770	142 366	20,4%
Israel	2009	-1 120	-27 472	-28 592	114 461	-17 425	-13 778	0	18 488	101 746	73 154	10,1%
Italien	2008	-986	-43 886	-44 872	177 073	-63 514	-18 903	0	22 519	117 174	72 302	8,1%
Japan ²		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Korea	2009	-7 620	-28 267	-35 888	329 758	-27 699	-21 179	0	7 215	288 094	252 207	12,6%
Luxemburg		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Mexiko		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Niederlande ¹		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Neuseeland	2009	-3 128	-34 334	-37 462	110 659	-38 760	-2 339	-711	26 671	95 519	58 058	8,1%
Norwegen	2009	-2 859	-50 874	-53 734	260 393	-83 124	-24 042	-4 703	48 669	197 192	143 459	13,2%
Polen	2008	-916	-16 602	-17 518	53 311	-6 965	-16 753	0	24 689	54 282	36 764	10,3%
Portugal	2009	0	-16 727	-16 727	146 280	-28 260	-17 439	0	12 676	113 256	96 530	12,2%
Slowakei	2009	-2 358	-9 468	-11 826	118 139	-26 127	-31 086	0	114 287	175 214	163 387	34,6%
Slowenien	2009	-1 803	-19 322	-21 125	137 605	-25 432	-35 986	0	25 875	102 061	80 936	15,9%
Spanien	2009	-1 464	-10 001	-11 465	109 692	-28 649	-9 921	0	46 855	117 977	106 512	21,2%
Schweden	2009	-21	-25 769	-25 790	175 330	-57 342	-15 777	-22 368	50 269	130 112	104 322	16,3%
Schweiz		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Türkei	2005	-336	-11 218	-11 554	63 318	-10 584	-10 115	0	4 017	46 637	35 082	9,5%
Ver. Königreich	2009	-4 880	-31 944	-36 824	222 261	-52 477	-29 089	-13 494	58 353	185 553	148 730	13,9%
Vereinigte Staaten	2009	-2 930	-25 106	-28 036	304 861	-71 514	-26 707	-8 675	44 454	242 418	214 382	20,6%
OECD-Durchschnitt		-1 989	-25 837	-27 826	152 042	-40 615	-20 136	-5 243	42 055	128 103	100 277	14,5%
EU21-Durchschnitt		-1 529	-24 510	-26 039	135 069	-38 376	-22 923	-6 271	47 612	115 110	89 071	14,9%
Sonst. G20-Länder												
Argentinien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Brasilien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
China		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indonesien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Russische Föd.		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Saudi-Arabien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Südafrika		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
G20-Durchschnitt		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m

Anmerkung: Die Zahlen basieren auf dem Unterschied zwischen Männern, die einen Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundären, nicht tertiären Bereich erworben haben, und Männern, die keinen derartigen Abschluss erworben haben.

1. Für Belgien und die Niederlande keine Datenangabe in der Tabelle, da der Sekundarbereich II dort Pflicht ist. 2. Für Japan keine Datenangabe in der Tabelle, da keine nach Abschluss im Sekundarbereich I und Sekundarbereich II aufgedichteten Daten vorlagen.

Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2012. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/jeag.htm. StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849103>

Erläuterung der Kennzeichnung fehlender Daten s. Hinweise für den Leser.

Tabelle A7.1b

Private Kosten und privater Nutzen für eine Frau, die einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundaren, nicht tertiären Bereich erwirbt (2009)

Im Vergleich zu einer Frau, die einen Abschluss im Sekundarbereich I erwirbt (in US-Dollar, kaufkraftbereinigt mittels KKP für das BIP)

	Jahr	Direkte Kosten	Entgangenes Einkommen	Gesamtkosten	Einkommensvorteile (brutto)	Effekt Einkommensteuer	Effekt Sozialversicherungsbeiträge	Effekt Transferleistungen	Effekt Erwerbslosigkeit	Gesamtnutzen	Kapitalwert	Ertragsrate
		(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
OECD-Länder												
Australien	2009	-3 019	-28 198	-31 217	122 044	-28 457	0	-22 467	20 190	91 311	60 094	12,7%
Österreich	2009	-1 890	-43 950	-45 840	208 105	-24 496	-47 697	-27 606	30 761	139 066	93 226	10,6%
Belgien ¹		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Kanada	2009	-3 176	-28 317	-31 493	84 708	-21 088	-9 042	-2 803	27 362	79 136	47 643	7,4%
Chile		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Tschechien	2009	-2 116	-16 853	-18 969	99 967	-27 339	-19 280	-2 144	76 183	127 387	108 418	20,7%
Dänemark	2009	-767	-39 659	-40 426	146 775	-55 677	-14 804	0	24 014	100 308	59 882	9,9%
Estland	2009	-252	-9 051	-9 303	33 745	-11 179	-1 290	0	31 166	52 442	43 139	25,9%
Finnland	2009	-178	-31 990	-32 168	55 774	-16 608	-5 546	-16 226	30 783	48 177	16 009	5,5%
Frankreich	2009	-2 632	-26 610	-29 242	115 681	-20 689	-20 151	-32 278	31 671	74 234	44 992	7,8%
Deutschland	2009	-3 973	-37 238	-41 210	124 880	-31 103	-35 604	-34 860	44 088	67 401	26 191	5,9%
Griechenland	2009	-1 780	-24 381	-26 160	109 244	-1 304	-18 230	-15 164	5 096	79 641	53 481	7,8%
Ungarn	2009	-823	-10 788	-11 611	90 284	-31 059	-23 601	0	49 541	85 165	73 554	21,9%
Island		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Irland	2009	-688	-33 235	-33 923	169 908	-25 758	-14 394	0	22 225	151 980	118 058	21,3%
Israel	2009	-1 120	-25 901	-27 021	90 011	-3 606	-4 902	0	14 120	95 623	68 602	10,3%
Italien	2008	-986	-38 624	-39 610	152 167	-51 238	-17 293	0	29 983	113 620	74 010	8,4%
Japan ²		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Korea	2009	-7 620	-30 787	-38 407	120 130	-1 914	-9 164	0	787	109 839	71 432	10,8%
Luxemburg		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Mexiko		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Niederlande ¹		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Neuseeland	2009	-3 128	-31 941	-35 069	95 339	-22 970	-2 033	-8 738	24 622	86 220	51 151	9,2%
Norwegen	2009	-2 859	-52 871	-55 731	151 109	-41 979	-13 303	-13 885	20 239	102 181	46 450	6,4%
Polen	2008	-916	-14 879	-15 794	74 416	-8 271	-19 448	0	16 433	63 130	47 335	10,5%
Portugal	2009	0	-15 946	-15 946	108 338	-11 302	-12 754	0	7 683	91 965	76 019	12,1%
Slowakei	2009	-2 358	-4 617	-6 975	81 677	-11 451	-23 898	0	97 725	144 054	137 078	48,4%
Slowenien	2009	-1 803	-20 740	-22 543	132 244	-28 476	-32 797	0	15 924	86 895	64 352	10,5%
Spanien	2009	-1 464	-9 868	-11 332	116 983	-21 569	-9 851	0	38 471	124 035	112 703	24,9%
Schweden	2009	-21	-27 283	-27 304	136 537	-43 847	-12 740	-30 163	46 195	95 982	68 678	11,0%
Schweiz		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Türkei	2005	-336	-12 058	-12 394	75 879	-8 395	-9 432	0	-12 434	45 618	33 223	9,2%
Ver. Königreich	2009	-4 880	-33 859	-38 739	151 062	-35 926	-19 985	-43 256	46 662	98 557	59 818	9,3%
Vereinigte Staaten	2009	-2 930	-27 153	-30 083	201 542	-44 205	-18 597	-8 544	41 567	171 763	141 680	16,5%
OECD-Durchschnitt		-1 989	-26 031	-28 020	117 252	-24 227	-15 994	-9 928	30 041	97 143	69 124	13,7%
EU21-Durchschnitt		-1 529	-24 420	-25 950	117 099	-25 405	-19 409	-11 205	35 811	96 891	70 941	15,1%
Sonst. G20-Länder												
Argentinien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Brasilien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
China		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indonesien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Russische Föd.		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Saudi-Arabien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Südafrika		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
G20-Durchschnitt		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m

Anmerkung: Die Zahlen basieren auf dem Unterschied zwischen Frauen, die einen Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundaren, nicht tertiären Bereich erworben haben, und Frauen, die keinen derartigen Abschluss erworben haben.

1. Für Belgien und die Niederlande keine Datenangabe in der Tabelle, da der Sekundarbereich II dort Pflicht ist. 2. Für Japan keine Datenangabe in der Tabelle, da keine nach Abschluss im Sekundarbereich I und Sekundarbereich II aufgeschlüsselten Daten vorliegen.

Quelle: OECD. Bildung auf einen Blick 2012. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/jeag.htm. StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849122>

Erläuterung der Kennzeichnung fehlender Daten s. Hinweise für den Leser.

Tabelle A7.2a

Staatliche Kosten und staatlicher Nutzen bei einem Mann, der einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereich erwirbt (2009)

Im Vergleich zu einem Mann, der einen Abschluss im Sekundarbereich I erwirbt (in US-Dollar, kaufkraftbereinigt mittels KKP für das BIP)

	Jahr	Direkte Kosten	Entgan- gene Einkom- mensteuer	Gesamt- kosten	Effekt Einkom- mensteuer	Effekt Sozial- versiche- rungs- beiträge	Effekt Transfer- leistungen	Effekt Erwerbs- losigkeit	Gesamt- nutzen	Kapital- wert	Ertrags- rate
		(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
OECD-Länder											
Australien	2009	-15 955	-3 020	-18 975	55 053	0	8 303	9 355	72 710	53 735	17,1%
Österreich	2009	-42 552	-8 054	-50 606	67 624	55 258	8 442	15 685	147 010	96 404	9,2%
Belgien ¹		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Kanada	2009	-26 071	-5 023	-31 094	45 151	10 200	1 050	9 097	65 497	34 403	6,7%
Chile		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Tschechien	2009	-21 277	1 458	-19 819	22 510	12 319	0	21 883	56 711	36 892	10,2%
Dänemark	2009	-30 337	-18 553	-48 890	67 718	15 671	10 020	10 915	104 324	55 434	7,7%
Estland	2009	-18 857	-1 210	-20 066	6 687	650	0	6 592	13 928	-6 138	1,5%
Finnland	2009	-21 711	-4 391	-26 103	23 424	4 855	7 202	6 884	42 366	16 263	6,5%
Frankreich	2009	-31 556	-5 171	-36 727	19 109	15 422	13 971	10 937	59 440	22 713	6,4%
Deutschland	2009	-27 953	-14 083	-42 036	29 047	22 523	14 061	31 192	96 824	54 788	9,4%
Griechenland	2009	-22 045	2 032	-20 013	11 723	15 045	23 320	760	50 848	30 835	6,0%
Ungarn	2009	-14 716	-2 674	-17 391	24 747	13 668	0	15 666	54 081	36 690	10,0%
Island		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Irland	2009	-29 498	-763	-30 261	59 215	19 169	0	12 780	91 164	60 903	8,1%
Israel	2009	-15 405	-1 650	-17 055	16 363	12 601	0	2 240	31 204	14 148	5,5%
Italien	2008	-32 919	-10 264	-43 183	59 003	16 776	0	6 638	82 418	39 235	6,0%
Japan ²		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Korea	2009	-24 344	-2 983	-27 327	27 524	20 643	0	711	48 878	21 551	4,8%
Luxemburg		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Mexiko		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Niederlande ¹		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Neuseeland	2009	-21 397	-3 991	-25 388	33 911	1 888	711	5 299	41 810	16 422	5,3%
Norwegen	2009	-36 851	-15 816	-52 667	73 644	20 269	4 703	13 253	111 869	59 202	8,0%
Polen	2008	-16 232	-5 565	-21 797	5 188	11 477	0	7 053	23 718	1 921	3,4%
Portugal	2009	-20 476	-2 386	-22 862	27 209	16 054	0	2 436	45 699	22 837	5,5%
Slowakei	2009	-13 158	-910	-14 068	18 167	15 854	0	23 191	57 212	43 145	13,4%
Slowenien	2009	-18 800	-5 902	-24 702	23 126	30 304	0	7 989	61 419	36 716	8,9%
Spanien	2009	-19 800	-1 030	-20 830	24 782	6 967	0	6 822	38 570	17 739	5,5%
Schweden	2009	-28 557	-6 913	-35 470	46 699	12 285	22 368	14 135	95 487	60 018	14,8%
Schweiz		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Türkei	2005	-4 776	-4 551	-9 327	9 997	9 514	0	1 188	20 699	11 371	6,4%
Ver. Königreich	2009	-17 187	2 307	-14 881	44 425	24 434	13 494	12 707	95 060	80 179	21,2%
Vereinigte Staaten	2009	-33 481	-3 231	-36 713	65 191	23 333	8 675	9 698	106 897	70 185	10,0%
OECD-Durchschnitt		-23 304	-4 705	-28 010	34 894	15 661	5 243	10 196	65 994	37 984	8,4%
EU21-Durchschnitt		-23 757	-4 560	-28 317	32 245	17 152	6 271	11 904	67 571	39 254	8,5%
Sonst. G20-Länder											
Argentinien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Brasilien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
China		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indonesien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Russische Föd.		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Saudi-Arabien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Südafrika		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
G20-Durchschnitt		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m

Anmerkung: Die Zahlen basieren auf dem Unterschied zwischen Männern, die einen Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundären, nicht tertiären Bereich erworben haben, und Männern, die keinen derartigen Abschluss erworben haben.

1. Für Belgien und die Niederlande keine Datenangabe in der Tabelle, da der Sekundarbereich II dort Pflicht ist. 2. Für Japan keine Datenangabe in der Tabelle, da keine nach Abschluss im Sekundarbereich I und Sekundarbereich II aufgeschlüsselten Daten vorlagen.

Quelle: OECD. Bildung auf einen Blick 2012. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/jeag.htm. StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849141>

Erläuterung der Kennzeichnung fehlender Daten s. Hinweise für den Leser.

Tabelle A7.2b

Staatliche Kosten und staatlicher Nutzen bei einer Frau, die einen Abschluss im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereich erwirbt (2009)
Im Vergleich zu einer Frau, die einen Abschluss im Sekundarbereich I erwirbt (in US-Dollar, kaufkraftbereinigt mittels KKP für das BIP)

	Jahr	Direkte Kosten	Entgan- gene Einkom- mensteuer	Gesamt- kosten	Effekt Einkom- mensteuer	Effekt Sozial- versiche- rungs- beiträge	Effekt Transfer- leistungen	Effekt Erwerbs- losigkeit	Gesamt- nutzen	Kapital- wert	Ertrags- rate
		(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
OECD-Länder											
Australien	2009	-15 955	-3 136	-19 091	26 218	0	22 467	2 239	50 924	31 833	18,4 %
Österreich	2009	-42 552	-7 929	-50 481	23 951	42 287	27 606	5 954	99 799	49 318	7,8 %
Belgien ¹		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Kanada	2009	-26 071	-5 437	-31 508	17 830	7 276	2 803	5 025	32 934	1 425	3,2 %
Chile		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Tschechien	2009	-21 277	1 497	-19 781	20 002	10 946	2 144	15 671	48 763	28 983	8,8 %
Dänemark	2009	-30 337	-18 925	-49 263	49 790	11 689	0	9 001	70 481	21 218	5,3 %
Estland	2009	-18 857	-1 240	-20 096	6 916	672	0	4 880	12 469	-7 628	0,6 %
Finnland	2009	-21 711	-4 679	-26 390	12 075	3 607	16 226	6 472	38 380	11 989	6,6 %
Frankreich	2009	-31 556	-5 275	-36 831	17 923	15 865	32 278	7 052	73 117	36 287	6,7 %
Deutschland	2009	-27 953	-14 248	-42 201	27 294	26 613	34 860	12 800	101 567	59 366	10,9 %
Griechenland	2009	-22 045	1 649	-20 396	1 347	17 423	15 164	764	34 699	14 303	4,8 %
Ungarn	2009	-14 716	-2 620	-17 336	24 816	15 247	0	14 598	54 660	37 324	10,4 %
Island		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Irland	2009	-29 498	-1 027	-30 524	24 738	13 916	0	1 498	40 152	9 628	4,2 %
Israel	2009	-15 405	-1 556	-16 961	3 499	4 383	0	626	8 508	-8 453	0,7 %
Italien	2008	-32 919	-9 033	-41 952	47 153	14 467	0	6 910	68 530	26 578	5,2 %
Japan ²		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Korea	2009	-24 344	-3 145	-27 488	1 904	9 104	0	70	11 078	-16 410	-1,3 %
Luxemburg		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Mexiko		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Niederlande ¹		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Neuseeland	2009	-21 397	-3 713	-25 110	19 183	1 618	8 738	4 202	33 740	8 631	4,8 %
Norwegen	2009	-36 851	-16 437	-53 288	39 007	11 741	13 885	4 534	69 166	15 879	4,8 %
Polen	2008	-16 232	-4 987	-21 219	7 206	15 942	0	4 571	27 719	6 500	4,2 %
Portugal	2009	-20 476	-2 275	-22 751	11 178	11 919	0	958	24 055	1 304	3,2 %
Slowakei	2009	-13 158	-444	-13 601	8 542	10 905	0	15 902	35 349	21 747	9,1 %
Slowenien	2009	-18 800	-6 335	-25 135	27 178	29 297	0	4 798	61 272	36 137	7,8 %
Spanien	2009	-19 800	-1 016	-20 817	20 119	7 434	0	3 866	31 420	10 603	4,5 %
Schweden	2009	-28 557	-7 319	-35 876	34 935	9 544	30 163	12 109	86 750	50 875	13,4 %
Schweiz		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Türkei	2005	-4 776	-4 892	-9 668	10 025	11 264	0	-3 463	17 827	8 159	5,8 %
Ver. Königreich	2009	-17 187	4 881	-12 306	30 198	16 609	43 256	9 105	99 167	86 861	20,9 %
Vereinigte Staaten	2009	-33 481	-3 495	-36 976	39 703	15 443	8 544	7 657	71 346	34 370	6,9 %
OECD-Durchschnitt		-23 304	-4 659	-27 963	21 259	12 893	9 928	6 069	50 149	22 186	6,8 %
EU21-Durchschnitt		-23 757	-4 407	-28 164	21 965	15 243	11 205	7 606	56 019	27 855	7,5 %
Sonst. G20-Länder											
Argentinien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Brasilien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
China		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indonesien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Russische Föd.		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Saudi-Arabien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Südafrika		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
G20-Durchschnitt		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m

Anmerkung: Die Zahlen basieren auf dem Unterschied zwischen Frauen, die einen Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundären, nicht tertiären Bereich erworben haben, und Frauen, die keinen derartigen Abschluss erworben haben.

1. Für Belgien und die Niederlande keine Datenangabe in der Tabelle, da der Sekundarbereich II dort Pflicht ist. 2. Für Japan keine Datenangabe in der Tabelle, da keine nach Abschluss im Sekundarbereich I und Sekundarbereich II aufgeschlüsselten Daten vorlagen.

Quelle: OECD. Bildung auf einen Blick 2012. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/jeag.htm. StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849160>
Erläuterung der Kennzeichnung fehlender Daten s. Hinweise für den Leser.

Tabelle A7.3a

Private Kosten und privater Nutzen für einen Mann, der einen Abschluss im Tertiärbereich erwirbt (2009)

Im Vergleich zu einem Mann, der einen Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundären, nicht tertiären Bereich erwirbt
(in US-Dollar, kaufkraftbereinigt mittels KKP für das BIP)

	Jahr	Direkte Kosten	Entgan- genes Einkom- men	Gesamt- kosten	Einkom- mens- vorteile (brutto)	Effekt Einkom- men- steuer	Effekt Sozial- versiche- rungs- beiträge	Effekt Transfer- leistun- gen	Effekt Erwerbs- losigkeit	Zu- schüsse	Gesamt- nutzen	Kapital- wert	Ertrags- rate
		(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
OECD-Länder													
Australien	2009	-17 528	-50 814	-68 342	339 977	-124 441	0	0	5 363	7	220 906	152 564	9,0%
Österreich	2009	-5 689	-56 184	-61 872	404 385	-129 756	-59 771	0	24 265	9 852	248 975	187 103	11,7%
Belgien	2009	-3 514	-45 409	-48 922	352 354	-156 492	-54 714	0	23 422	1 047	165 617	116 694	10,4%
Kanada	2009	-16 282	-30 684	-46 966	287 032	-96 213	-7 645	0	31 906	1 103	216 183	169 217	12,3%
Chile		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Tschechien	2009	-4 692	-23 017	-27 709	424 850	-88 209	-48 588	0	16 814	0	304 867	277 158	20,1%
Dänemark	2009	-3 365	-55 899	-59 263	266 180	-139 677	-22 432	-9 435	12 030	25 189	131 855	72 592	8,5%
Estland	2009	-3 583	-18 346	-21 929	150 074	-40 454	-4 070	0	53 647	0	159 197	137 268	22,0%
Finnland	2009	-1 873	-56 911	-58 784	343 119	-138 956	-24 568	0	39 479	8 730	227 803	169 020	11,9%
Frankreich	2009	-7 868	-51 472	-59 340	338 590	-83 938	-45 390	-880	13 494	3 620	225 495	166 155	10,1%
Deutschland	2009	-7 061	-64 242	-71 304	353 025	-140 458	-69 031	0	54 278	6 021	203 835	132 531	9,2%
Griechenland	2009	-690	-43 715	-44 405	182 193	-35 679	-29 437	-8 700	6 156	0	114 533	70 128	7,5%
Ungarn	2009	-5 131	-14 443	-19 575	464 922	-188 649	-85 331	0	37 732	1 283	229 956	210 381	25,6%
Island		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Irland	2009	-6 716	-50 436	-57 152	512 095	-219 981	-41 438	0	90 659	4 361	345 695	288 543	19,8%
Israel	2009	-13 394	-28 223	-41 617	281 602	-68 554	-34 985	0	14 996	0	193 060	151 443	11,4%
Italien	2008	-7 285	-50 608	-57 893	408 011	-159 562	-41 835	0	3 295	3 330	213 239	155 346	8,1%
Japan	2007	-37 215	-66 750	-103 965	326 614	-64 523	-36 039	0	20 931	0	246 983	143 018	7,4%
Korea	2009	-23 378	-54 050	-77 428	280 071	-34 128	-24 344	0	17 002	0	238 601	161 173	16,0%
Luxemburg		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Mexiko		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Niederlande	2008	-14 113	-90 118	-104 231	455 296	-202 175	-22 153	0	4 778	14 371	250 117	145 886	7,9%
Neuseeland	2009	-10 414	-49 605	-60 019	188 649	-64 074	-3 261	0	3 169	1 891	126 375	66 357	6,7%
Norwegen	2009	-1 180	-66 506	-67 686	273 737	-103 788	-22 034	0	9 009	6 226	163 151	95 465	6,7%
Polen	2008	-6 291	-15 995	-22 287	367 019	-55 868	-83 937	0	23 960	1 742	252 917	230 630	23,4%
Portugal	2009	-8 085	-19 784	-27 869	304 147	-82 653	-33 871	0	4 128	0	191 751	163 882	14,9%
Slowakei	2009	-5 543	-17 281	-22 823	302 035	-55 140	-42 864	0	34 628	1 250	239 909	217 086	21,5%
Slowenien	2009	-3 858	-25 921	-29 779	475 118	-128 427	-109 421	0	19 474	226	256 970	227 191	18,2%
Spanien	2009	-10 051	-32 644	-42 695	188 318	-53 898	-14 573	0	41 006	0	160 853	118 157	10,2%
Schweden	2009	-4 913	-54 097	-59 010	219 203	-87 765	-10 739	0	14 209	8 341	143 249	84 239	7,6%
Schweiz		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Türkei	2005	-1 061	-9 402	-10 463	106 985	-18 682	-16 424	0	2 761	0	74 640	64 177	19,3%
Ver. Königreich	2009	-28 704	-91 976	-120 679	398 503	-88 234	-45 568	0	34 295	2 244	301 240	180 560	8,2%
Vereinigte Staaten	2009	-71 053	-43 069	-114 122	667 905	-220 754	-57 941	0	89 759	0	478 969	364 847	12,3%
OECD-Durchschnitt		-11 398	-44 055	-55 453	333 173	-105 901	-37 669	-656	25 746	3 477	218 170	162 718	13,0%
EU21-Durchschnitt		-6 951	-43 925	-50 876	345 472	-113 798	-44 487	-951	27 587	4 580	218 404	167 528	13,8%
Sonst. G20-Länder													
Argentinien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Brasilien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
China		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indonesien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Russische Föd.		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Saudi-Arabien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Südafrika		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
G20-Durchschnitt		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m

Anmerkung: Die Zahlen basieren auf dem Unterschied zwischen Männern, die einen Abschluss im Tertiärbereich erworben haben, und Männern, die einen Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundären, nicht tertiären Bereich erworben haben.

Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2012. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eaag.htm. StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849179>
Erläuterung der Kennzeichnung fehlender Daten s. Hinweise für den Leser.

Tabelle A7.3b

Private Kosten und privater Nutzen für eine Frau, die einen Abschluss im Tertiärbereich erwirbt (2009)

Im Vergleich zu einer Frau, die einen Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundaren, nicht tertiären Bereich erwirbt
(in US-Dollar, kaufkraftbereinigt mittels KKP für das BIP)

	Jahr	Direkte Kosten	Entgan- genes Einkom- men	Gesamt- kosten	Einkom- mens- vorteile (brutto)	Effekt Einkom- men- steuer	Effekt Sozial- versicherungs- beiträge	Effekt Transfer- leistungen	Effekt Erwerbs- losigkeit	Zu- schüsse	Gesamt- nutzen	Kapital- wert	Ertrags- rate
		(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
OECD-Länder													
Australien	2009	-17 528	-52 120	-69 648	253 308	-91 641	0	0	13 021	7	174 695	105 046	8,8%
Österreich	2009	-5 689	-57 294	-62 983	318 996	-87 509	-57 683	0	4 947	9 852	188 603	125 620	9,1%
Belgien	2009	-3 514	-43 468	-46 981	305 193	-121 702	-72 732	0	32 859	1 047	144 665	97 683	11,0%
Kanada	2009	-16 282	-32 449	-48 731	249 037	-68 337	-20 011	0	17 718	1 103	179 511	130 780	12,2%
Chile		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Tschechien	2009	-4 556	-22 004	-26 560	234 992	-51 432	-29 160	0	30 543		184 943	158 383	17,8%
Dänemark	2009	-3 365	-57 986	-61 351	166 763	-60 038	-14 206	-8 679	7 527	25 189	116 556	55 205	8,5%
Estland	2009	-3 583	-20 438	-24 021	131 866	-31 316	-3 140	0	24 987	0	122 398	98 377	18,5%
Finnland	2009	-1 873	-60 589	-62 461	211 875	-72 749	-15 039	-4 079	21 742	8 730	150 480	88 019	8,8%
Frankreich	2009	-7 868	-49 824	-57 692	212 928	-43 190	-32 362	-8 444	23 641	3 620	156 192	98 499	8,9%
Deutschland	2009	-7 061	-66 325	-73 387	244 493	-73 871	-55 471	-123	24 260	6 021	145 309	71 922	6,8%
Griechenland	2009	-690	-36 674	-37 363	186 037	-21 786	-33 976	-29 066	26 865		128 074	90 710	9,6%
Ungarn	2009	-5 131	-15 047	-20 178	251 870	-108 574	-47 547	0	27 402	1 283	124 433	104 255	17,6%
Island		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Irland	2009	-6 716	-59 372	-66 088	391 860	-116 093	-51 190	0	23 110	4 361	252 048	185 960	14,2%
Israel	2009	-13 394	-28 918	-42 312	181 036	-27 193	-20 924	0	14 996		147 914	105 602	10,2%
Italien	2008	-7 285	-47 826	-55 111	223 811	-27 954	-21 986	0	7 563	3 330	132 764	77 652	6,9%
Japan	2007	-37 215	-49 265	-86 481	231 306	-20 848	-29 117	0	9 951		191 293	104 812	7,8%
Korea	2009	-23 378	-56 149	-79 527	255 083	-9 753	-19 619	0	4 347		230 058	150 531	8,6%
Luxemburg		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Mexiko		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Niederlande	2008	-14 113	-87 458	-101 571	339 338	-129 641	-30 381	0	9 467	14 371	203 152	101 581	7,0%
Neuseeland	2009	-10 414	-49 614	-60 027	133 789	-31 532	-2 328	-2 623	3 114	1 891	102 311	42 283	6,9%
Norwegen	2009	-1 180	-66 522	-67 702	224 711	-63 163	-17 633	0	319	6 226	150 459	82 758	7,7%
Polen	2008	-6 291	-15 058	-21 350	215 086	-24 687	-52 035	0	27 164	1 742	167 270	145 920	19,9%
Portugal	2009	-8 085	-19 280	-27 365	259 278	-60 491	-31 347	0	25 663		193 104	165 739	16,2%
Slowakei	2009	-5 543	-17 363	-22 906	190 019	-34 361	-29 863	0	33 017	1 250	160 062	137 156	18,5%
Slowenien	2009	-3 858	-25 447	-29 305	358 406	-87 540	-84 889	0	26 254	226	212 456	183 151	17,3%
Spanien	2009	-10 051	-32 691	-42 743	240 593	-64 677	-18 000	0	43 061		200 976	158 234	12,1%
Schweden	2009	-4 913	-56 388	-61 301	141 448	-42 879	-11 081	-10	16 338	8 341	112 156	50 855	6,5%
Schweiz		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Türkei	2005	-1 061	-8 185	-9 246	116 530	-21 267	-19 627	0	14 075		89 711	80 466	19,2%
Ver. Königreich	2009	-28 704	-92 382	-121 086	355 479	-74 244	-40 895	-1 548	21 048	2 244	262 084	140 998	7,5%
Vereinigte Staaten	2009	-71 053	-46 918	-117 971	405 817	-102 914	-33 654	0	34 571		303 819	185 848	9,1%
OECD-Durchschnitt		-11 393	-43 898	-55 291	242 446	-62 875	-30 893	-1 882	19 640	5 042	169 914	114 622	11,5%
EU21-Durchschnitt		-6 944	-44 146	-51 090	249 017	-69 337	-36 649	-2 598	22 873	5 725	167 886	116 796	12,1%
Sonst. G20-Länder													
Argentinien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Brasilien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
China		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indonesien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Russische Föd.		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Saudi-Arabien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Südafrika		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
G20-Durchschnitt		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m

Anmerkung: Die Zahlen basieren auf dem Unterschied zwischen Frauen, die einen Abschluss im Tertiärbereich erworben haben, und Frauen, die einen Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundaren, nicht tertiären Bereich erworben haben.

Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2012. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag.htm. StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849198>

Erläuterung der Kennzeichnung fehlender Daten s. Hinweise für den Leser.

Tabelle A7.4a

Staatliche Kosten und staatlicher Nutzen bei einem Mann, der einen Abschluss im Tertiärbereich erwirbt (2009)

Im Vergleich zu einem Mann, der einen Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundären, nicht tertiären Bereich erwirbt
(in US-Dollar, kaufkraftbereinigt mittels KKP für das BIP)

	Jahr	Direkte Kosten	Entgan- gene Ein- kommen- steuer	Zu- schüsse	Gesamt- kosten	Effekt Einkom- men- steuer	Effekt Sozial- versiche- rungs- beiträge	Effekt Transfer- leistun- gen	Effekt Erwerbs- losigkeit	Gesamt- nutzen	Kapital- wert	Ertrags- rate
		(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
OECD-Länder												
Australien	2009	-14 588	-5 652	-7	-20 247	123 233	0	0	1 208	124 441	104 194	13,1%
Österreich	2009	-40 474	-10 137	-9 852	-60 463	125 114	55 730	0	8 682	189 527	129 064	9,3%
Belgien	2009	-30 735	-10 360	-1 047	-42 142	149 793	51 455	0	9 957	211 206	169 064	13,3%
Kanada	2009	-27 580	-5 892	-1 103	-34 575	89 400	5 792	0	8 666	103 858	69 283	8,8%
Chile		m	m	m		m	m	m	m	m	m	m
Tschechien	2009	-18 675	2 044	0	-16 631	85 412	46 743	0	4 642	136 796	120 165	17,2%
Dänemark	2009	-70 252	-26 675	-25 189	-122 116	135 256	21 252	9 435	5 601	171 544	49 427	4,5%
Estland	2009	-14 486	-2 513	0	-16 999	30 876	3 001	0	10 647	44 524	27 525	10,2%
Finnland	2009	-42 400	-8 324	-8 730	-59 454	128 733	22 053	0	12 738	163 525	104 071	8,3%
Frankreich	2009	-35 052	-10 203	-3 620	-48 875	81 969	43 570	880	3 789	130 208	81 333	7,5%
Deutschland	2009	-38 170	-24 581	-6 021	-68 772	127 860	58 572	0	23 056	209 489	140 717	9,1%
Griechenland	2009	-20 179	2 956	0	-17 223	34 885	28 464	8 700	1 766	73 816	56 593	11,6%
Ungarn	2009	-18 036	-3 507	-1 283	-22 826	177 893	78 934	0	17 153	273 981	251 155	25,4%
Island		m	m	m		m	m	m	m	m	m	m
Irland	2009	-34 708	-1 558	-4 361	-40 627	199 558	35 080	0	26 781	261 419	220 792	17,0%
Israel	2009	-18 626	-1 695	0	-20 321	66 889	33 788	0	2 861	103 538	83 217	11,3%
Italien	2008	-17 538	-11 836	-3 330	-32 704	157 696	41 484	0	2 217	201 397	168 693	10,1%
Japan	2007	-17 897	-15 254	0	-33 151	62 285	33 612	0	4 665	100 562	67 411	8,4%
Korea	2009	-8 250	-6 238	0	-14 488	33 093	23 097	0	2 281	58 472	43 983	17,4%
Luxemburg		m	m	m		m	m	m	m	m	m	m
Mexiko		m	m	m		m	m	m	m	m	m	m
Niederlande	2008	-37 382	-39 015	-14 371	-90 768	201 244	21 220	0	1 863	224 327	133 560	7,4%
Neuseeland	2009	-22 037	-5 766	-1 891	-29 694	63 286	3 207	0	842	67 334	37 640	6,9%
Norwegen	2009	-36 777	-20 675	-6 226	-63 679	101 586	21 334	0	2 902	125 821	62 143	5,7%
Polen	2008	-14 435	-5 361	-1 742	-21 539	53 177	28 804	0	7 824	139 805	118 266	15,0%
Portugal	2009	-16 226	-2 822	0	-19 048	81 284	33 419	0	1 821	116 524	97 476	12,4%
Slowakei	2009	-15 033	-1 660	-1 250	-17 943	50 956	38 359	0	8 689	98 004	80 061	14,2%
Slowenien	2009	-21 977	-7 917	-226	-30 120	124 522	105 125	0	8 201	237 848	207 728	15,8%
Spanien	2009	-37 506	-3 361	0	-40 867	48 062	11 981	0	8 429	68 472	27 605	5,3%
Schweden	2009	-39 997	-14 512	-8 341	-62 850	83 967	9 847	0	4 690	98 504	35 654	4,9%
Schweiz		m	m	m		m	m	m	m	m	m	m
Türkei	2005	-9 567	-3 814	0	-13 381	18 209	16 010	0	886	35 106	21 724	9,3%
Ver. Königreich	2009	-15 151	-18 315	-2 244	-35 710	82 547	42 425	0	8 830	133 802	98 091	11,1%
Vereinigte Staaten	2009	-42 430	-5 543	0	-47 973	201 429	51 098	0	26 168	278 695	230 722	14,1%
OECD-Durchschnitt		-26 764	-9 248	-3 477	-39 489	100 697	35 016	656	7 857	144 226	104 737	11,2%
EU21-Durchschnitt		-28 921	-9 883	-4 580	-43 384	108 040	41 376	951	8 869	159 236	115 852	11,5%
Sonst. G20-Länder												
Argentinien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Brasilien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
China		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indonesien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Russische Föd.		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Saudi-Arabien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Südafrika		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
G20-Durchschnitt		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m

Anmerkung: Die Zahlen basieren auf dem Unterschied zwischen Männern, die einen Abschluss im Tertiärbereich erworben haben, und Männern, die einen Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundären, nicht tertiären Bereich erworben haben.

Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2012. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag.htm. StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849217>

Erläuterung der Kennzeichnung fehlender Daten s. Hinweise für den Leser.

Tabelle A7.4b

Staatliche Kosten und staatlicher Nutzen bei einer Frau, die einen Abschluss im Tertiärbereich erwirbt (2009)

Im Vergleich zu einer Frau, die einen Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundären, nicht tertiären Bereich erwirbt
(in US-Dollar, kaufkraftbereinigt mittels KKP für das BIP)

	Jahr	Direkte Kosten	Entgan- gene Ein- kommen- steuer	Zu- schüsse	Gesamt- kosten	Effekt Einkom- men- steuer	Effekt Sozial- versiche- rungs- beiträge	Effekt Transfer- leistun- gen	Effekt Erwerbs- losigkeit	Gesamt- nutzen	Kapital- wert	Ertrags- rate
		(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
OECD-Länder												
Australien	2009	-14 588	-5 797	-7	-20 392	89 111	0	0	2 530	91 641	71 249	13,7%
Österreich	2009	-40 474	-10 337	-9 852	-60 663	86 600	56 802	0	1 790	145 192	84 529	7,1%
Belgien	2009	-30 735	-9 917	-1 047	-41 699	113 699	68 183	0	12 552	194 434	152 735	15,7%
Kanada	2009	-27 580	-6 231	-1 103	-34 914	65 263	18 759	0	4 325	88 347	53 433	8,5%
Chile		m	m	m		m	m	m	m	m	m	m
Tschechien	2009	-18 131	1 954	0	-16 177	47 167	25 813	0	7 612	80 592	64 415	14,1%
Dänemark	2009	-70 252	-27 671	-25 189	-123 112	57 873	13 394	8 679	2 976	82 923	-40 189	1,2%
Estland	2009	-14 486	-2 799	0	-17 285	27 197	2 643	0	4 616	34 456	17 170	8,0%
Finnland	2009	-42 400	-8 862	-8 730	-59 992	68 219	13 657	4 079	5 912	91 868	31 876	5,2%
Frankreich	2009	-35 052	-9 877	-3 620	-48 548	40 275	29 147	8 444	6 130	83 996	35 448	6,2%
Deutschland	2009	-38 170	-25 378	-6 021	-69 569	69 954	50 504	123	8 884	129 465	59 896	6,1%
Griechenland	2009	-20 179	2 480	0	-17 699	20 386	29 703	29 066	5 673	84 828	67 129	11,7%
Ungarn	2009	-18 036	-3 654	-1 283	-22 972	101 528	42 906	0	11 687	156 121	133 149	18,2%
Island		m	m	m		m	m	m	m	m	m	m
Irland	2009	-34 708	-1 834	-4 361	-40 903	112 479	49 498	0	5 306	167 283	126 380	13,7%
Israel	2009	-18 626	-1 737	0	-20 363	26 284	19 949	0	1 883	48 117	27 754	7,1%
Italien	2008	-17 538	-11 185	-3 330	-32 053	77 919	21 270	0	2 750	101 940	69 886	8,0%
Japan	2007	-17 897	-10 654	0	-28 551	20 218	27 924	0	1 822	49 965	21 414	6,2%
Korea	2009	-8 250	-5 734	0	-13 984	9 689	19 291	0	393	29 372	15 388	6,5%
Luxemburg		m	m	m		m	m	m	m	m	m	m
Mexiko		m	m	m		m	m	m	m	m	m	m
Niederlande	2008	-37 382	-35 640	-14 371	-87 392	128 001	28 440	0	3 582	160 023	72 630	6,2%
Neuseeland	2009	-22 037	-5 767	-1 891	-29 695	30 974	2 276	2 623	611	36 484	6 788	4,4%
Norwegen	2009	-36 777	-20 680	-6 226	-63 684	63 118	17 608	0	70	80 796	17 112	4,2%
Polen	2008	-14 435	-5 047	-1 742	-21 225	22 460	46 221	0	8 041	76 723	55 498	10,9%
Portugal	2009	-16 226	-2 750	0	-18 976	56 926	28 536	0	6 375	91 837	72 861	11,1%
Slowakei	2009	-15 033	-1 668	-1 250	-17 951	31 258	25 456	0	7 510	64 223	46 272	11,2%
Slowenien	2009	-21 977	-7 773	-226	-29 975	83 288	79 108	0	10 033	172 429	142 454	13,0%
Spanien	2009	-37 506	-3 366	0	-40 872	59 154	15 280	0	8 243	82 677	41 805	6,5%
Schweden	2009	-39 997	-15 126	-8 341	-63 464	39 273	9 944	10	4 743	53 970	-9 494	2,3%
Schweiz		m	m	m		m	m	m	m	m	m	m
Türkei	2005	-9 567	-3 320	0	-12 887	19 194	17 528	0	4 171	40 894	28 006	9,1%
Ver. Königreich	2009	-15 151	-5 958	-2 244	-23 353	71 002	39 051	1 548	5 086	116 686	93 333	14,8%
Vereinigte Staaten	2009	-42 430	-6 038	0	-48 468	97 093	31 023	0	8 452	136 568	88 100	9,5%
OECD-Durchschnitt		-26 746	-8 633	-3 477	-38 856	59 848	28 618	1 882	5 302	95 650	56 794	9,0%
EU21-Durchschnitt		-28 893	-9 220	-4 580	-42 694	65 733	33 778	2 598	6 475	108 583	65 889	9,6%
Sonst. G20-Länder												
Argentinien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Brasilien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
China		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indonesien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Russische Föd.		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Saudi-Arabien		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Südafrika		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
G20-Durchschnitt		m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m

Anmerkung: Die Zahlen basieren auf dem Unterschied zwischen Frauen, die einen Abschluss im Tertiärbereich erworben haben, und Frauen, die einen Abschluss im Sekundarbereich II/postsekundären, nicht tertiären Bereich erworben haben.

Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2012. Hinweise s. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/jeag.htm. StatLink: <http://dx.doi.org/10.1787/888932849236>

Erläuterung der Kennzeichnung fehlender Daten s. Hinweise für den Leser.



From:
Education at a Glance 2013
OECD Indicators

Access the complete publication at:
<https://doi.org/10.1787/eag-2013-en>

Please cite this chapter as:

OECD (2013), "Indikator A7 Welche Anreize bestehen für Investitionen in Bildung?", in *Education at a Glance 2013: OECD Indicators*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/eag-2013-11-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.